

Die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie im Wandel

Impulse für eine veränderte Praxis

**Diakonie für
Menschen in
Not(lagen)**

Fachtagung

**22. - 24. Oktober 2007
Berlin**

■ Inhaltsverzeichnis

Eröffnung	5
<i>Matthias Bruckdorfer</i>	
Begrüßung	6
<i>Marlis Winkler</i>	
Grußwort	7
<i>Klaus-Dieter K. Kottnik</i>	
Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie	9
<i>Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster</i>	
Gelingendes Leben für viele und/oder Gerechtigkeit für die Armen. Selbstkritische Anfragen an die Diakonie im gegenwärtigen Umbau des Sozialstaates	17
<i>Prof. Dr. Hans-Jürgen Benedict</i>	
Arbeitsgruppe 1: Tafelarbeit – Handlungschance oder Risiko?	
Ergebnisse und Inhalte	31
<i>Hans Seydel</i>	
Tafelarbeit	32
<i>Dr. Ulrich Baumann</i>	
Die Tafeln in Trägerschaft des Diakonischen Werkes im Schwalm-Eder-Kreis	34
<i>Matthias Pohl</i>	
Arbeitsgruppe 2: Wie gemeinde- und gemeinwesenorientiert handeln?	
Ergebnisse und Inhalte	36
<i>Rotraud Kießling</i>	
Die Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell) – Kurzvorstellung der konzeptionellen Eckpunkte	38
<i>Lars Eisert Bagemihl</i>	
Der Armut ein Gesicht geben. Die Landshuter Armutskonferenz	41
<i>Johanna Behrens</i>	
Straßensozialarbeit Karlsruhe	42
<i>Manfred Kern</i>	
Gemeindeintegration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Löbau	44
<i>Winfried Ulrich</i>	
Arbeitsgruppe 3: Empowerment oder sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung?	
Ergebnisse und Inhalte	46
<i>Jürgen Hoffmann</i>	
Empowerment und sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung	47
<i>Prof. Dr. Günter Rausch</i>	

■ Inhaltsverzeichnis

Arbeitsgruppe 4: Mehr freiwillig-sozial Engagierte gewinnen und qualifizieren!?	
Ergebnisse und Inhalte	50
<i>Fritz Blanz</i>	
Bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung ins Gemeinwesen. Ein Projekt der Samariterstiftung in Nürtingen	51
<i>Birgit Breidenbach</i>	
Freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie	52
<i>Rainer Hub</i>	
Arbeitsgruppe 5: Arbeit mit Einzelnen – mehr Erfolg durch Case Management?	
Ergebnisse und Inhalte	53
<i>Günter Hartung</i>	
Theoretische Grundlagen und praktische Anwendung von Case Management	54
<i>Marlene Lauxen-Spangenberg</i>	
Anhang	
Andacht 23. Oktober 2007	57
<i>Holger Luft</i>	
Andacht 24. Oktober 2008	58
<i>Holger Luft</i>	
Referentinnen und Referenten, Podiumsteilnehmerinnen und Podiumsteilnehmer, Moderatorinnen und Moderatoren	60
Impressum	63

■
Matthias Bruckdorfer

Eröffnung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen zur Tagung der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie, die wir alle zwei Jahre veranstalten. Über 120 Teilnehmende zeigen, dass wir nicht ganz an Ihren Interessen und Bedürfnissen vorbei planen. Traditionell ist diese Tagung eine Koproduktion des Diakonischen Werkes der EKD und der Konferenz der Referentinnen und Referenten der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie in den Landesverbänden, in deren Namen Frau Winkler vom Diakonischen Werk Hannovers sie noch begrüßen wird. Ich bin im Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut für das Arbeitsfeld der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie zuständig. Gemeinsam mit Hans Barbknecht vom Diakonischen Werk Kurhessen-Waldeck werden wir Sie durch die Tagung begleiten.

Im September gab es in der Berliner Morgenpost eine immerhin 14-seitige Beilage über die Berliner Tafel. Ich habe auf deren Homepage geklickt und bin gleich über den ersten Satz gestolpert: „Dank des Engagements der Berliner Bevölkerung und der Hilfe unzähliger Spender ist die Berliner Tafel e.V. inzwischen zum unverzichtbaren Bestandteil der Berliner Soziallandschaft geworden“. Die Tafel als „unverzichtbarer“ Bestandteil der Berliner Soziallandschaft? Zunächst ist das durchaus ein Grund zur Freude, wenn so viele sich freiwillig engagieren, um den Armen in Berlin ihre Lage zu erleichtern. Ist es aber nicht auch zum Heulen, dass (nicht nur) hier so viele auf „Almosen“ angewiesen sind?

Auf der Homepage erfährt man weiter, dass die Berliner Tafel inzwischen auch Kinderrestaurants betreibt. Und das mit dem Verweis auf die armen Kinder in Berlin. Die Zahlen zur Kinderarmut in Berlin sind denn auch mehr als erschreckend. Jedes dritte Kind lebt hier in einem Haushalt, der Sozialhilfe oder Ar-

beitslosengeld II bezieht. Am schlimmsten ist die Situation für die Kleinsten: bei den unter achtjährigen Kindern liegt die Armutsquote bei 40,6 Prozent!¹

Angesichts dieser Zahlen und der daraus erwachsenen Folgeprobleme muss man sich die Frage stellen, was der Sozialen Arbeit insgesamt an Handlungsmöglichkeiten bleibt? Kann das noch mehr sein als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein? Was ist zu tun angesichts dieser prekären Ausgangslage für Soziale Arbeit, für diakonisches Handeln? Über diese Fragen werden wir auf der Tagung sprechen. Es wird Impulse und Anregungen für eine veränderte Praxis geben. Das meiste davon ist nicht völlig neu, aber bei konsequenter und problemadäquater Anwendung und Schwerpunktsetzung durchaus innovativ. Heute wollen wir uns zunächst unserer religiösen, ethischen Wurzeln und Grundlagen vergewissern, um daraus sozialpolitische und sozialarbeiterische Handlungsperspektiven abzuleiten. Dazu dient auch die abendliche Podiumsdiskussion, die der Frage der Armutsorientierung in Kirche und Diakonie nachgeht.

Der morgige Tag ist der Tag der Arbeitsgruppen. Sie sollen eine Konkretisierung der Handlungsmöglichkeiten im Arbeitsfeld der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie erarbeiten. Am dritten Tag berichten die Gruppen über ihre Arbeitsergebnisse und wir wollen die Tagungsinhalte und -erkenntnisse bei einem Fachgespräch² nochmals zusammenfassend diskutieren.

Ich wünsche Ihnen informative und anregende Tage.

¹ Berliner Morgenpost, September 2007: Berliner Tafel e.V., Extra, S. 13

² Die Abenddiskussion zur Armutsorientierung und das Fachgespräch zur Bedeutung und den Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie konnten leider wegen technischer Probleme in der Bundesakademie nicht aufgezeichnet und hier dokumentiert werden.

■
Marlis Winkler

Begrüßung

Sehr geehrter Herr Präsident Kottnik,
verehrte Tagungsgäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Konferenz der Referentinnen und Referenten der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie begrüße ich Sie auf dieser Bundestagung zum ersten Mal in der Bundesakademie für Kirche und Diakonie in Berlin. Wir freuen uns sehr über das große Interesse an dieser Tagung.

Die Referentenkonferenz führt seit elf Jahren in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk der EKD diese Bundestagung regelmäßig alle zwei Jahre durch. In diesen Jahren hat sich die gemeinsame Tagung fachlich etabliert. Sie dient der Weiterbildung und Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie. Als gemeinsame Grundlage haben wir 2003 die bundesweit geltende Rahmenkonzeption für die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie entwickelt. Sie wurde als Diakonie Korrespondenz 05/2003 vom Diakonischen Werk der EKD veröffentlicht.

In den jeweiligen Landesverbänden gelten darüber hinaus örtliche Rahmenkonzepte, die die regionalen Strukturen und Arbeitsschwerpunkte akzentuieren. Teil dieser Bundestagung ist daher immer auch die Diskussion gemeinsamer Themen unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Bedingungen. Aus dieser Vielfalt erwächst die Lebendigkeit der Bundestagung.

„Die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie im Wandel“ ist das Thema der diesjährigen Tagung. Die aktuellen gesellschaftlichen und kirchlichen Strukturereformen geben Anlass, die strategische Ausrichtung der diakonischen Arbeit unserer Kirche immer wieder grundsätzlich zu überprüfen.

Wir freuen uns und werten es als Zeichen der Wertschätzung für unser Arbeitsfeld, dass Sie, Herr Präsident Kottnik, uns heute hier zu unserer Tagung begrüßen und zu Beginn zu uns sprechen wollen.

Herzlich willkommen und uns allen einen erfolgreichen Tagungsverlauf.

Grußwort

Herzlich willkommen! Schön, dass Sie der Einladung des Diakonischen Werkes der EKD gefolgt sind und dass wir Sie heute als Gäste begrüßen dürfen. „Die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie im Wandel – Impulse für eine veränderte Praxis“ ist das Thema dieser Tagung. „Wandel“, „veränderte Praxis“ – wir im Diakonischen Werk der EKD, Sie in den Landesverbänden und Sie, ganz nah bei den Menschen vor Ort, erleben gesellschaftlichen Wandel, auf den wir mit einer veränderten Praxis reagieren müssen. Vor Ort, in Beratungsgesprächen werden Sie erfahren, was sich für uns oft nur in Zahlen ausdrückt: wie Menschen mit Arbeitslosengeld II zurechtkommen müssen und das als bitter und demütigend erleben. Sie erfahren, wie das Beratungsgespräch und die angebotene Hilfe etwas Luft verschafft. Aber Sie werden das Gefühl kennen, dass sich vieles ändern müsste, um wirklich helfen zu können.

Sie erleben, dass der Wirtschaftsaufschwung, auf den wir so lange gewartet haben, ganz unten gar nicht ankommt. Insbesondere geht die Zahl von Kindern, die als arm bezeichnet werden, nicht zurück. Sie steigt sogar leicht an. Und Sie erleben, dass es für vieles, was vor Jahren noch finanziert wurde, deutlich weniger Geld gibt. Und dass man manchmal glaubt, dass dadurch Phantasie und Aufbruch in der sozialen Arbeit auf der Strecke bleiben. Der angerissene Wandel der Rahmenbedingungen sozialer Arbeit hat aber auch ganz neue Initiativen und Engagement auf den Plan gerufen.

In wenigen Jahren sind in vielen Orten Tafeln, Essensangebote und Tauschringe entstanden. Es gibt ein wiedererwachtes Interesse an gemeinwesenorientierten Handlungsformen. Unter dem Stichwort „Case Management“ deutet sich ein interdisziplinärer Umgang mit persönlichen Problemlagen an. Und der thematische Schwerpunkt der Diakonischen Konferenz letzte Woche in Münster liegt da ganz auf der Linie: vernetztes Arbeiten in der Diakonie.

Sie werden sich in den vor uns liegenden Tagen mit diesen Fragen beschäftigen: Sind die neuen oder wieder entdeckten Methoden und Organisationsformen, sind die neuen Angebote eine effektive und effiziente Alternative – oder vielleicht vorsichtiger ausgedrückt: Bereicherung – der bisherigen Arbeit? Oder verschleiern neue Worte und neue Aktivitäten den Blick für die Gerechtigkeitsfrage? Müssen wir nicht vielleicht hier sehr viel deutlicher werden?

In der Rahmenkonzeption für die Allgemeine Sozialarbeit in der Diakonie aus dem Jahr 2003 wurde bereits nachdrücklich festgestellt: „Neben Reichtumsinseln entstehen Armutshghettos mit einem stigmatisierenden und lähmenden Milieu...“ (S. 8). Insofern werden folgende Erfordernisse für diakonische Sozialarbeit formuliert: solidarische und gemeinschaftsstiftende Formen zu entwickeln, die Qualität des sozialen Umfelds zu verbessern, Diskriminierung von Menschengruppen entgegenzuwirken. Eine der Hauptaufgaben ist es also, die unterschiedlichen Welten wieder zu verbinden. Und diese Herausforderung bleibt.

Und eine weitere Frage ist es, wie wir uns dieser Herausforderung bereits gestellt haben. Das griechische Wort, das in dem Wort „Diakonie“ steckt, heißt diakonein. Das bedeutet einmal: zu Tisch dienen, also das Essen von der Küche auf den Tisch zu tragen, servieren, dienen. Das passt gut in unsere Diakonie, wie wir sie kennen. In der neueren neutestamentlichen Forschung ist eine weitere Bedeutung dieses alten Wortes betont worden: Es heißt auch etwas überbringen, das kann Essen sein, aber auch eine Botschaft. Ein Diakon ist in diesem Sinn auch so etwas wie ein Botschafter, der quasi im diplomatischen Dienst fremde Welten füreinander erschließt.

Ich glaube, dass die Aufgabe von Diakonie zunehmend die Wahrnehmung dieser Agentenfunktion ist:

■ Grußwort

Die sich voneinander entfernenden sozialen Milieus wieder in Verbindung zu bekommen.

Und hierin sehe ich auch eine der Hauptaufgaben von ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement. Es geht auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht darum, hauptamtliche Arbeit zu ersetzen. Wir brauchen hauptamtliche Arbeit – gerade um solche Begegnungen zu organisieren. Ich finde es wichtig, dass zum Beispiel in der Tafelarbeit ganz unterschiedliche

Menschen einander angesichtig werden. Und dass sie so die Chance haben, sich in einen Lernprozess zu begeben, der ihnen hilft unsere Gesellschaft tiefer zu verstehen, und eben nicht lediglich ein gutes Gefühl durch Gutes tun verschafft.

Ich wünsche Ihnen viele Entdeckungen, spannende Gespräche und dass sich neue Perspektiven auftun. Ich wünsche uns eine gute und weiterbringende Tagung.

■

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich mit einer frei erfundenen, aber gleichwohl realen Geschichte beginnen: Ein kleiner Junge fällt einem Pfarrer auf der Straße in einer norddeutschen Hafenstadt auf. Er sieht ihn immer wieder herumlungern, der Knabe ist ganz offensichtlich verwahrlost. Er, der Pfarrer schaut nicht weg, er spricht den kleinen Kerl an, der gleich wegläuft. Er geht ihm nach, kommt zu einer – heute würde man sagen – Multiproblem-Familie. Er macht keine Vorwürfe, dass der Vater nicht arbeitet, dass er säuft, die Mutter offensichtlich überfordert ist. Der Pfarrer stellt in den nächsten Wochen immer wieder Kontakt zu dem Jungen her und bald bietet der Pfarrer den Eltern und dem Jungen an, ihn in seine Familie aufzunehmen, die Kontakte zur Herkunftsfamilie aber sollen bestehen bleiben. Und so kommt der kleine Knirps ins – Rauhe Haus! Der Junge wird mit den Worten begrüßt: „Mein Kind, dir sind alle Deine Sünden vergeben.“ Interpretieren wir dies als vorurteilsloses Zugehen auf den Kleinen, der sicher geklaut, gelogen und betrogen hat. Nun beginnt ein komplexer Vorgang der Nachsozialisation, der Bildung, der Qualifikation, der Gesundheitsfürsorge, der Jugendberufshilfe und so weiter. Es sind ein Pfarrer und seine Frau, die hier mehrere Kinder in ihre Familie aufnehmen. Es werden weitere Erwachsene einbezogen und ausgebildet. Sie nennen sich dann Diakone. Ermöglicht wird dieses durch eine großzügige Spendentätigkeit der sozialorientierten Kaufmannschaft in der Hansestadt Hamburg.

Wie würde diese Geschichte heute laufen: Besorgte Nachbarn, die Schule informieren das Jugendamt, dass da ein kleiner Junge ganz offensichtlich verwahrlost sei. Auch seien Anzeichen von Alkoholmissbrauch beim Vater, vielleicht auch schon beim Jungen festzustellen. Die Eltern seien ganz offensichtlich überfordert, ihrem Erziehungsauftrag

nachzukommen. Der Junge sei schon mehrmals beim Stehlen von Lebensmitteln einschließlich Alkoholika erwischt worden. Ein Vertreter des Jugendamtes besucht zwischen fünf Pflichtterminen diese Familie beziehungsweise was davon übrig geblieben ist. Es werden Ermahnungen ausgesprochen, der gerade mal halbwegs nüchterne Vater sagt, es komme alles in Ordnung. Was soll der völlig überarbeitete Sozialarbeiter vom Jugendamt anderes tun, als daran zu glauben? Wochen später wird der Knirps bei einem Einbruchsdiebstahl gefasst, an dem vor allem Halbwüchsige beteiligt sind. Nun volles Programm: Erziehungshilfe, Familienhilfe, Hausaufgabenhilfe auf ehrenamtlicher Basis in der Schule, Versuch seitens der ARGE, den Vater in eine professionelle Drogenberatung zu bringen, die Mutter bekommt gute Ratschläge von allen. Der Sozialpsychiatrische Dienst rät zu einem ergänzenden Therapieprogramm für den Kleinen. Fremdunterbringung wird erwogen, verworfen, wieder erwogen. Die Regelschule weist den Kleinen in eine Sonderschule. Ich breche ab: Die Wirklichkeit ist schlimmer als der bissigste Kommentar. Mir erzählte ein Caritasdirektor, er habe eine allein erziehende Mutter mit zwei Kindern in seinem Zuständigkeitsbereich gehabt, die es sage und schreibe mit 22 Dienststellen und Hilfeinrichtungen zu tun hatte.

Die Geschichte der sozialen Arbeit und damit auch der in der Diakonie ist inzwischen gekennzeichnet durch Spezialisierung, Professionalisierung und Qualifizierung. Nehmen Sie nur den Bereich der Jugendhilfe, der erstmalig 1922/24 per Reichsgesetz geregelt und damit explizit aus der allgemeinen Armenfürsorge ausgegliedert und mit einem Bildungsauftrag gegenüber den Kindern und Jugendlichen ausgestattet wurde. Niemand will und darf dahinter zurück. Dazu gehört nicht nur die Ausdifferenzierung der Praxis, sondern auch der Ausbildung und Theorie: Die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche halten zumindest in relevanten Teilen daran fest, ein

konfessionelles Angebot im Bereich der Hochschul-
ausbildung für soziale Berufe vorzuhalten.

Das immer wieder gebrauchte Schlagwort „Ganzheitlichkeit“ mag ich nun wirklich nicht. Wir leben in einer stark arbeitsteiligen Welt, sind in unserem Wirken nicht auf einen konkreten Kiez beschränkt, wir sind von Dingen abhängiger denn je, die wir nicht beeinflussen können. Der Oberbürgermeister einer Ruhrgebietsstadt sagte vor einigen Jahren in einer Fernsehdiskussion, dass die gesamte kommunale Beschäftigungspolitik im Ergebnis durch den Federstrich eines international agierenden Konzerns zu nichte gemacht werde. Es geht also nicht um eine derartige äußerliche Gefühls-Ganzheitlichkeit, es geht aber darum, über die Arbeitsteilung und die dazu notwendige Professionalisierung und Qualifizierung hinaus wieder stärker Zusammenhänge, Interdependenzen, aber auch Grenzen zu erkennen. Damit entsteht für die Soziale Arbeit eine Trias zwischen vorgefundenen konkreten Problemlagen, den diese mitbestimmenden Rahmenbedingungen beziehungsweise Interdependenzen und der Zielbestimmung von Diakonie.

„Gelingendes Leben“ und Gerechtigkeit: Ziele diakonischen Handelns

Das Leitbild der Diakonie aus dem Jahr 1997 ist nach wie vor richtig. Darin hat sich die Diakonie verpflichtet, „das Recht der Schwachen und Fremden zu achten und jedem Gerechtigkeit zukommen zu lassen“ und besonders für Menschen einzutreten, „deren Würde missachtet wird.“ Prägnanter und kürzer kann man/frau es nicht ausdrücken, vor allem die doppelte Stoßrichtung als Gesamtmotto voranstellend: „stark für andere“ – „damit Leben gelingt!“ Halten wir uns alle daran, dann kann eigentlich nichts mehr schief gehen.

Nur: Was konkret meint „Recht“, „schwach“, „fremd“, „Gerechtigkeit“ oder gar das aristotelische „gelingendes Leben“? Wir stehen doch gerade derzeit mitten in diesen Konfliktlinien, sonst würde sich diese Tagung nicht damit befassen, wie die Arbeit der Diakonie im Wandel ausgestaltet werden solle. Vor 125 Jahren hat der Begründer der Aprather Diakonie, Karl Heinersdorff, als Motto formuliert „Niemanden

und nichts aufgeben.“ Beißen sich da nicht weltgestalterischer Auftrag der Schöpfungsordnung, des Missionsbefehls auf der einen Seite und die krude Wirklichkeit von fast acht Millionen Arbeitsuchenden und von Millionen mehr oder weniger stark Ausgegrenzten? Wobei die Ränder immer unklarer und brüchiger werden.

Kein Begriff ist derzeit so unklar und umstritten wie der der Gerechtigkeit. Das, was man will, ist gerecht, das, was einem nicht passt, ist ungerecht. Und natürlich findet man/frau zu allem auch ein Bibelzitat. Auf der anderen Seite: Diakonie setzt eine Zielbestimmung voraus: „Suchet der Stadt Bestes...“ besagt, dass die Gerechtigkeit Gottes sich auch im Alltags-handeln des Gottesvolkes niederschlagen solle, doch muss dabei deutlich bleiben, dass die Gerechtigkeit auf Erden gemessen an der des Reiches Gottes nur relativ sein kann. Wird diese Differenz nicht gesehen, können leicht Fundamentalismen jeglicher Art entstehen.

Deshalb gestatten Sie mir zunächst aus sozialwissenschaftlicher Sicht eine Differenzierung und Präzisierung des Begriffs „Gerechtigkeit“. Unser Sozialstaat, wie er sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, vor allem aber nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, beruht auf drei Grundprinzipien: Einmal zielt er auf das der Leistungsgerechtigkeit, damit dem Ideal der Eigenverantwortung des Bürgers folgend. Sodann strebt dieser Sozialstaat solidarische Gerechtigkeit an, also einen Ausgleich zwischen Menschen mit den gleichen sozialen Risiken. Und schließlich ist Sozialstaatlichkeit immer auch gehalten, vorleistungsfreie, subsidiäre Gerechtigkeit für Personen/Personengruppen zu verwirklichen, die nur sehr eingeschränkt oder gar nicht in der Lage sind, für sich selbst teilweise beziehungsweise im vollen Umfange Verantwortung zu übernehmen und die nicht durch einen Solidarverbund abgesichert sind.

Diese Vorstellung von einer vorleistungsfreien Gerechtigkeit beinhaltet, dass Interventionen nur Hilfe zur Selbsthilfe sein dürfen, folglich fördernde Maßnahmen nie den Einzelnen von seiner Verpflichtung befreien dürfen, letztlich wieder Eigenverantwortung zu übernehmen und sich über solidarische Verbände gegen soziale Risiken abzusichern. Eigenverant-

wortung, Solidarität und Subsidiarität wollen zur Selbstverantwortung befähigen, Zugänge schaffen, innerhalb derer jeder Einzelne dann eigene Möglichkeiten entfalten kann. Aber jeder Einzelne hat die Gewissheit, dass er beim Scheitern, beim Nichterreichen nicht ins Bodenlose fallen kann, sondern dass dann ein letztes Netz greift. Der Nestor der katholischen Soziallehre in Deutschland, Oswald von Nell-Breuning, hat zu Recht die Frage gestellt, ob nicht der Staat im Rahmen subsidiärer Hilfeleistung eine Vorleistungsverpflichtung hat, damit der Einzelne in die Lage versetzt wird, Eigenverantwortung und Solidarität zu üben – ein Gedanke, der angesichts millionenfacher Ausgrenzung in unserer Gesellschaft aktueller denn je ist!

Die sozialen Problemlagen werden vorgefunden, die Interdependenzen sind gegeben, das diakonische Leitbild aber entscheidet, ob es etwas Besonderes ist, wie diese Problemlagen unter den vorgegeben Rahmenbedingungen bearbeitet werden können, dabei sowohl die Problemlagen als auch die Rahmenbedingungen verändernd. Eine Diakonie kann zumindest eines nicht, nämlich auf ihre in der christlichen Botschaft und damit weit vor unserer heutigen nationalen und weltweiten Wirtschaftsordnung fußenden Begründung verzichten.

Rahmenbedingungen diakonischen Handelns

Daraus ergibt sich ein starkes Spannungsverhältnis zwischen Status-quo-Bewältigung, also Krisenintervention, Zustandsverwaltung, Kleinkrieg um einzelne zusätzliche Stunden etwa im Rahmen der Familienhilfe und anderem und den Versuchen, perspektivisch an diese sozialarbeiterischen Prozesse heranzugehen. Was man tun müsste und tun könnte, das weiß man/frau schon, aber: Das Bundesland A zieht sich aus der Finanzierung der Migrantinnen-/Migrantearbeit heraus, die Mittel der Schuldnerberatung werden im Land B gekürzt, die Zuschüsse zu den Kindertagsstätten werden im Bundesland C gesenkt und überhaupt: Das Landesjugendamt beziehungsweise der Landschaftsverband zahlt erst dann, wenn die stationäre Unterbringung unseres vordem kleinen, nun adoleszenten Kindes aus der Geschichte unabweisbar ist. Dann aber kräftig. Die Mittel in der

Jugendhilfe sind enorm gestiegen, die Ressourcen aber für die offene, präventive Jugendhilfe sind zu Gunsten der stationären Hilfe reduziert worden.

Auf das sokratische „Ich weiß, dass ich nichts weiß!“ können wir uns zumindest im Kontext von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht berufen:

- Dass unser soziales Sicherungssystem nicht dem Erwerbsleben zurechenbare Risiken nur unzureichend abdeckt, hat der damalige Sozialminister von Rheinland-Pfalz, Heiner Geißler, schon 1976 zu Recht erkannt. Damals herrschte – im Vergleich zu heute – fast noch Vollbeschäftigung, die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit verschafft diesem Buch heute eine besondere Aktualität, ohne dass ich damit unkritisch der von Heiner Geißler vertretenen These von der „neuen“ sozialen Frage beitrete: Die alte erscheint in neuen, vielfältigeren Gewändern, dieses belegen aktuelle Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hier in Berlin besonders nachdrücklich, wengleich das Erwerbsleben für immer größere Personenkreise seine strukturbestimmende Bedeutung verliert.
- Die Armutsprogramme und Politikansätze der Europäischen Union haben, sehr zum Leidwesen vieler Mitgliedstaaten und unabhängig davon, wer dort regierte, erheblich zur Qualifizierung der Erforschung von multidimensionalen Ausgrenzungsprozessen beigetragen. Wir haben nun in Teilbereichen EU-einheitliche Indikatoren, an denen wir Fortschritte, aber auch Rückschritte bei der Bekämpfung von Armut festmachen können.
- In der Wissenschaft wird fleißig geschrieben und geforscht: Zusammen mit einer Kollegin und einem Kollegen habe ich gerade die redaktionelle Arbeit an einem etwa 550 Seiten starken Handbuch zu „Armut und soziale Ausgrenzung“ abgeschlossen. Zahlreiche Initiativen haben sich im Übergang zu den 1980er Jahren gebildet und die Armutsforschung vorangebracht, zum Teil ange-regt.
- Die Wohlfahrtsverbände, freie Träger und andere mehr: Sie alle wissen, was Sache ist, wo die Probleme liegen. Ich erinnere an die erste Untersuchung des Diakonischen Werkes der EKD zu Armutsfragen, sodann an die von Hauser und Hübinger für den Caritas-Verband. Dass man mit

■ Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie

60 Prozent des Regelsatzes nach SGB II, der Kindern unter 13 Jahren zugesprochen wird, nicht an kollektiven Mittagessen in Ganztageseinrichtungen teilnehmen kann, wussten Sie längst, bevor es nunmehr zum offiziellen Thema geworden ist. Und dass viele Hilfeinrichtungen eher abrutschende Personen aus den Mittelschichten auffangen, nicht aber diejenigen, die schon ganz unten stehen, wissen wir aus der Bildungspolitik schon seit den 1970er Jahren.

- Dass darüber hinaus neue Gefährdungen zu den alten hinzugekommen sind, auch das ist nicht neu. Insbesondere die Möglichkeiten der neuen Medien, aber auch deren faktischer sozialer Ausschluss von ihnen bedeuten gleichermaßen starke Gefährdungen. Die sogenannte E-exclusion, das digital divide, bedeutet starke Barrieren für die Bewältigung von Alltagsangelegenheiten.
- Wir wissen mehr denn je um die Grenzen von Interventionsmöglichkeiten: Das erschütternde Ergebnis der AWO-ISS-Kinderarmutsstudie, ergänzt um die Ergebnisse von PISA, ist: Spätestens am Ende der Grundschule ist entschieden, was aus dem Kind wird. Die soziale Herkunft der Eltern bestimmt schon weit vorher den weiteren Bildungsweg. Erst recht wissen wir um politisch bewirkte Zugangsbarrieren etwa von sozial Benachteiligten in das Erwerbsleben, indem mit dem SGB II bestimmte Fördermöglichkeiten des vormaligen AFG aufgehoben worden waren. Und wir wissen auch, dass an sich vernünftige Möglichkeiten durch die praktische Handhabung sozial ausgrenzend wirken, statt integrativ zu sein.
- Und last but not least: Wir wissen um die Interdependenz von Problemlagen. Wir wissen, dass es integrierter Ansätze bedarf, die zum Teil erst intergenerativ wirksam werden können. Wir wissen um Resilienz-Faktoren und deren Bedingungen. Wir wissen, wie man diese Faktoren stärken, aber auch wie man sie behindern kann.

Kurz: Wir brauchen nicht mehr Erkenntnis, wir brauchen eine andere Politik. Zusammen mit drei Kollegen bin ich nationaler Nicht-Regierungsexperte der Europäischen Kommission im Kontext des Lissabon-Prozesses. In diesem Jahr steht das Spezialthema Kinderarmut auf der Agenda. Ich hoffe, dass unser erster Bericht im laufenden Jahr 2007 in Kürze im

Netz abrufbar ist.¹ Darin steht zusammengefasst: Es gibt in Deutschland kein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut! Es gibt Ansätze, es gibt Kindergeld, Elterngeld und vieles mehr. Aber das, was in den 1970er Jahren etwa unter dem Begriff der kompensatorischen Erziehung angedacht wurde, was über den Erziehungsbereich hinaus auch auf andere Felder wie etwa Gesundheit, Wohnen, Wohnumfeld, elektronische Medien ausgeweitet werden müsste, ist schlicht nicht präsent.

Eine Zahl: Schweden und Deutschland haben vor der staatlichen Umverteilung die gleiche Kinderarmutsquote, nämlich 18 Prozent. Nach der staatlichen Umverteilung hat Deutschland immer noch 10 Prozent, Schweden dagegen nur noch 4 Prozent. Warum? In Deutschland gehen 75 Prozent der Leistungen in Geldtransfers, nur 25 Prozent in Dienstleistungen, in Schweden dagegen werden je 50 Prozent auf Geld- und auf Dienstleistungen verwendet. Und dann bedenke man, wie gerade von älteren Herren, die noch nie einen Babypopo gepudert haben, die Ansätze der derzeitigen Bundespolitik zur Stärkung familienergänzender Dienste als schädlich für die frühkindliche Sozialisation kritisiert werden, so als hätte es den 12. Kinder- und Jugendbericht nie gegeben!

Aufgaben der Diakonie

Die Tätigkeitsfelder der Diakonie werden sich nicht wesentlich ändern. Es wird als Folge demographischer Veränderungen zu einer Reduktion von Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, dafür zu einer erheblichen Ausweitung im Bereich der Altenhilfe kommen. Allerdings stellen Prognosen meist eine bloße Verlängerung des Status quo in die Zukunft dar. Ob und inwieweit Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tatsächlich gekappt oder auch weiterhin gebraucht werden, hängt von einer Vielzahl von Imponderabilien ab. So zeigt sich nämlich jetzt schon, dass mitunter die Kosten und die Interventionsformen in zahlreichen keinesfalls nur Einzelfällen sehr wohl zunehmen, weil ganz offensichtlich vorgelagerte Systeme immer weniger in der Lage sind, entsprechende Sozialisationsdefizite zu verhindern. Umgekehrt ist auch der Bereich der Altenhilfe

¹ http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/experts_reports/germany_1_2007_en.pdf

nicht automatisch expansiv, wenngleich einiges dafür spricht, nicht zuletzt das Wegbrechen familiärer Hilfesysteme beziehungsweise schlicht das Fehlen der Töchter beziehungsweise Schwiegertöchter, die bei den kinderlosen Älteren beziehungsweise Eltern mit nur noch einem Kind die Betreuungsaufgaben übernehmen könnten. Dafür nimmt das Selbsthilfepotenzial gerade der Älteren zu, denken wir beispielsweise an die sich bildenden Alten-Wohngemeinschaften und anderes mehr. Auch andere Bereiche wie die Suchthilfe, die Arbeit mit straffällig Gewordenen, die Arbeit mit Personen mit Migrationshintergrund, zunehmend auch in Deutschland selbst älter gewordener Ausländerinnen und Ausländern werden sich nicht automatisch verändern: Fragen der sozialen Integration, der Sinnhaftigkeit von Lebensentwürfen und Entfaltungsspielräumen und anderes gehen da mit ein. Dieses betrifft auch die wichtige Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Von der Krisenintervention bis hin zur langanhaltenden Hilfe innerhalb einer integrierten Sozialplanung werden sich in Zukunft Tätigkeiten der Diakonie erstrecken, allerdings unter drei Rahmendaten:

Soziale Integration mit und neben der Erwerbsarbeit

Fakt ist: Es fehlen derzeit etwa sieben Millionen Arbeitsplätze. Sicher kann man mit einer intelligenteren Steuerung à la Ursprungskonzept der Hartz-Kommission die Lücke schließen, zumindest bestimmte Alterssegmente besser mit Erwerbsarbeit und Qualifikation versorgen. Aber da fängt es schon an, problematisch zu werden: Die 25-Jahre-Regelung im SGB II bricht sich am unzureichenden Lehrstellenangebot! Und dann berichtet die Presse über die Integrationsschwierigkeiten selbst von akademisch voll Ausgebildeten. Soziale Integration wird als Integration in die Erwerbsarbeitsgesellschaft eng geführt, von Personen abgesehen, die dauerhaft nicht erwerbsfähig sind.

In der Rentenversicherung gibt es die so genannte konkrete Betrachtungsweise, das heißt, bei einem Rentenantrag wegen verminderter Erwerbsfähigkeit muss geprüft werden, wie die Vermittlungschance angesichts der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt aussieht. Wenn aber tatsächlich die sieben Mil-

lionen real Arbeitssuchenden jetzt und in absehbarer Zeit keine Chancen haben, wenn sich dieser Zustand angesichts illegaler Beschäftigung, Entsenderegungen aus anderen EU-Staaten und in wenigen Jahren durch Öffnung der Arbeitsmarktgrenzen nach Mittelosteuropa weiter zuspitzt, dann stellt sich die Frage: Was geschieht mit diesen Menschen? Equal, Job active, Jump plus und wie sie alle heißen, diese Muntermacherprogramme für langfristerwerbslose Jugendliche! Ein-Euro-Jobs. Sind sie erfolgreich, dann zu Lasten anderer Bewerberinnen und Bewerber! Hier zeichnet sich die entscheidende zukünftige Herausforderung an die Diakonie ab. Diakonie hat die Würde dieser Menschen wahren zu helfen, indem sie ernsthafte soziale Tätigkeitsfelder erschließt, selbstwertstiftende Sozialbeziehungen organisiert und Qualifizierung an konkrete Arbeit bindet und nicht an Sandkastenspiele.

Hier erwarte ich konkrete Initiativen und Vorschläge, die aber um eines nicht herumkommen, nämlich ökonomisch abgesichert zu sein. Zu finanzieren ist dieses aus der opulenten Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft, die sich deutlich von der von Ländern in der Sahelzone abhebt. Politische Diakonie wird sich darin erweisen, Ökonomie ganz im Sinne ihrer klassischen Protagonisten als politische zu begreifen, bei der Wertschöpfung, Verteilung, neue Wertschöpfung und anderes einen Kreislauf darstellen.

Änderungswissen für diakonisches Handeln

Was wir also dringender denn je brauchen ist Änderungswissen: Wir versuchen es in Bochum mit einem neuen Masterstudiengang „Soziale Inklusion: Gesundheit und Bildung“. Natürlich werden wir wie andere Hochschulen auch den Bereich des Managements qualifizieren, aber wir wollen verändern. Und dieses setzt Verschiedenes voraus:

- Die rechtlichen, wirtschaftlichen, internationalen Rahmenbedingungen sind als handlungsbestimmend in doppelter Weise einzubeziehen. Einmal geben sie eine aktuelle Momentaufnahme bestehender Kräfteverhältnisse wider. Aber diese sind auch veränderbar. Wenn es denn möglich sein sollte, dass ein Innen- und ein Verteidigungsminister ernsthaft an eine Grundgesetzänderung

■ Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie

denkt, um die Bundeswehr innenpolitisch einzusetzen, wieso soll es dann unrealistisch sein, die in Artikel 1 des Grundgesetzes vorgenommene Festlegung der gesamten Politik auf die Bewahrung der „Würde des Menschen“ stärker zu substantiieren als dies derzeit durch die höchstgerichtliche Rechtsprechung geschieht, die die Auslegung auf die Sicherstellung eines Existenzminimums beschränkt?

- Des Weiteren geht es um die materiellen Ressourcen. Der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen ist in nur wenigen Jahren von 20 auf gut 11 Prozent am Gesamtsteueraufkommen gesunken, um in den letzten beiden Jahren wieder leicht anzusteigen. Alle politischen Parteien, die in den letzten 20 Jahren in Bonn beziehungsweise Berlin regierten, haben auf den „Phantom Schmerz“ – so das Handelsblatt – mildernd eingewirkt, die deutschen Unternehmen und die Vermögenden ächzten geradezu unter der Last der Steuern. Und nun sagten die öffentlichen Finanziere von der Kommune über die Länder bis zum Bund: Wir können nicht mehr geben! Der Ministerpräsident von NRW, Jürgen Rüttgers, wagte, die Notbremse zu ziehen: Es sei eine „Lebenslüge“ zu behaupten, geringere Steuern würden automatisch zu Wachstum und Beschäftigung führen. Das Gegenteil ist nämlich richtig: Die Länder in Europa, die eine höhere Staats- und Sozialleistungsquote haben, kommen im Regelfall besser bei der Bewältigung der enormen strukturellen Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt klar als diejenigen mit einer geringen Abgabenquote.
- Unsere Gesellschaft ist reich: Nehmen sie das derzeitige Bruttoinlandsprodukt: es liegt bei etwa 2,2 Billionen Euro. Diese verteilen sich auf 82 Millionen Menschen. Dieses Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist ein seriöser internationaler Vergleichsmaßstab. Und nun wächst das Bruttoinlandsprodukt – sagen wir um nur einen Euro, und die Bevölkerung nimmt um – sagen wir nur eine Person ab: Dann steht pro Kopf mehr und nicht weniger Geld zur Verfügung! Es geht nun darum, die innergesellschaftliche (primäre) und die staatliche (sekundäre) Umverteilung genauer zu analysieren und daraus Änderungswissen zu gewinnen.

Dieses Änderungswissen wird sich in drei Punkten beweisen müssen:

- Die Verteilungskonflikte werden sich zuspitzen, so dass zum einen die Absicherung der notwendigen finanziellen Ressourcen zu einer noch bestimmender werdenden Herausforderung an die Träger der freien Wohlfahrtspflege wird. Im Endeffekt wird dieses eine stärkere Heranziehung der privaten Haushalte zu den Kosten sozialer Dienstleistungen bedeuten. Geht dieses mit einer weiteren Spreizung der Primäreinkommen und der daraus abgeleiteten Sozialeinkommen einher, führt dieses zu einer Polarisierung der Angebotspalette sozialer Dienste. Folglich müssen auch stärker öffentliche Ressourcen mobilisiert werden, und dieses ist möglich.
- Verteilungskonflikte bedeuten immer Infragestellung der Legitimität, neuhochdeutsch: des Erbringens eines Wirksamkeitsnachweises. Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat in toto die offene Jugendhilfe als ungeeignet bezeichnet, deviantes Verhalten bei Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Da menschliche Entwicklung linear und nicht reversibel ist, ist es schwierig zu beweisen, was eine Intervention etwa im sozialpädagogischen Bereich gebracht hat und was nicht. Abgesehen davon, dass die Wirksamkeit derartiger Interventionen auch etwas mit den sozialen Rahmendaten zu tun hat, kann sich die freie Wohlfahrtspflege aber immer weniger leisten, derartige Ansprüche etwa aus dem Bereich der Politik, der Gesellschaft und auch der Wissenschaft bloß als illegitim darzustellen. Meines Erachtens bedarf es hier eines selbstgesteuerten, evaluierten und offen diskutierten Weges der Qualitätssicherung. Die von der Europäischen Kommission im Rahmen der Agenda 2010 ins Spiel gebrachte Offene Methode der Koordination ist doch gerade dem im Protestantismus entwickelten Modell von Visitationsprozessen auf allen Ebenen so unvertraut und neu nicht. Ich plädiere nachhaltig dafür, dass die Diakonie prüft, wie sie dieses Instrument horizontal und vertikal nutzen kann, um damit rein technokratischen Auflagen zuvor zu kommen.
- Dieses leitet zum nächsten und letzten Punkt über, dem der Vernetzung. Man kann es kaum noch hören, weil dieses Wort von jedem im Mund ge-

■ Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie

führt wird, die Wirklichkeit aber stark davon abweicht. Ich denke, hier müssen wir von der Hartz-Kommission und auch den Formulierungen im SGB II lernen, auch wenn wir alltäglich sehen, wie schwierig es ist, diesen Gedanken umzusetzen. Auch in den Einrichtungen der Diakonie, mitunter in ein und denselben Dienstbereichen ist das Teamwork, das interdisziplinäre Ineinandergreifen etwa von Drogen-, Schuldner- und von der Beratung in Partnerschaftskonflikten noch wenig geübt beziehungsweise meint die eine Stelle, sie könne das andere gleich mit übernehmen. Fragen wie das zur Verfügung stellen eines persönlichen Budgets, die Koordinierung von Hilfen über einen Case Manager, von transparenten Hilfeplänen und andere sind hier anzusprechen. Hinzu müssen Absprachen zwischen dem Schul-, dem Gesundheits- und dem System sozialer Dienstleistungen kommen. Der Kiez ist eben differenzierter als bei Hinrich Wichern, aber er muss wieder als gestaltbar durch integrative schulische, gesundheitliche und soziale Dienste betrachtet werden. Und natürlich gehören dazu weitere zivilgesellschaftliche Elemente der Nachbarschaftshilfe, der lokalen und regionalen Migranten-, Kultur- und Selbsthilfearbeit. Soziale Arbeit wird hier neue konzeptionelle und integrierende sowie koordinierende Aufgaben übernehmen müssen. Das wird dann Rückwirkungen auf die Erstausbildung, die konsekutive Weiterbildung sowie das gesamte Fortbildungsprogramm der sozialen Arbeit haben müssen. Sicher ist die Wirklichkeit da und dort schon weiter, aber häufig fallen derartige Ansätze viel zu schnell unter das Verdikt: nicht finanzierbar. Sie müssen finanzierbar gemacht werden!

Soziale Dienste in Europa

Wir konnten sie noch einmal in der harten Form abwenden, die europäeinheitliche Regelung über soziale Dienste. Gleichwohl läuft immer noch ein Wettlauf um die Absenkung sozialer Standards zwischen den Mitgliedstaaten der EU, die trotz Wirtschafts- und in weiten Teilen Währungsunion untereinander immer noch Wettbewerbsstaaten sind, wobei staatlicherseits die Steuer- und die Sozialpolitik die entscheidende Einflussgröße darstellt. Kommt es hier nicht wenigstens zu Einigungen auf soziale

Mindeststandards und zu einer Harmonisierung im Steuerrecht, werden sich faktische soziale Mindeststandards und Steuersätze durchsetzen, die zumindest für die auf Sozialleistungen und soziale Dienste Angewiesenen wenig Gutes versprechen.

Die Europäische Union ist zu einem wirkungsvollen Instrument neoliberaler Politik entwickelt worden: Blaue Briefe bei Überschreiten der Maastrichtkriterien, Lob bei Einschnitten in der Arbeitsmarktpolitik und der Einsparung von Staatsausgaben, dieses führt der Tendenz nach zu einem Minimal State, auch wenn dieser zunehmend mit privaten und öffentlichen Sicherheitskosten belastet wird.

Dass mit Eurodiaconia immerhin ein Fuß der Diakonie in die Tür dieses Meinungsbildungsprozess gestellt worden ist, ist positiv, aber es ist zu wenig. Der Prozess der Agenda 2010 von Lissabon bis jetzt zum sogenannten Streamlining-Prozess wird von der Diakonie kritisch und kompetent begleitet, es fehlt aber die notwendige Rückkoppelung dieser Interventionen in die tägliche Arbeit der Diakonie, wie umgekehrt zu wenig aus dieser in die europäische Diskussion eingebracht wird. Die Lebenslage des Drogenabhängigen mit Partnerproblemen und Devianz wird derzeit auch von Brüssel beziehungsweise anderen Mitgliedstaaten der EU direkt oder indirekt mitbestimmt, so dass ich mir eine Ausrichtung der Diakonie ohne Bezug zur Europäischen Union überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Damit aber ist der Sozialstaat in Deutschland vierstufig: Kommune, Land, Bund und Europäische Union: Es wird dadurch nicht leichter, zumal die einzelnen Ebenen mehr denn je asynchron agieren.

Neues Verhältnis von Dezentralisation und Zentralisation

Die über größere und kleinere mehr oder weniger selbstständige Werke, Einrichtungen auf Kirchenkreis- und Dekanatsebene beziehungsweise denen der Landeskirchen, neuerdings auch darüber hinaus organisierte Diakonie mit einem gemeinsamen Dachverband hat Stärken und Schwächen. Sicher macht ein Hyperzentrismus ebenso wenig Sinn wie umgekehrt Dezentralisation an sich schon einen positiven Wert darstellt. Nur wenn wir mit derartigen steilen

■ Ziele, Aufgaben und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie

Motti: „Jedem Gerechtigkeit zukommen zu lassen“ und: „Niemanden und nichts aufgeben.“ in die Arena steigen, dann muss auch die Frage erlaubt sein, ob die derzeitige Struktur mit ihren Stärken, aber auch mit ihren Schwächen diesen Zielen noch gerecht wird. Wir brauchen stärker denn je eine sozialanwaltliche Lobbytätigkeit auf allen vier Handlungsebenen, wir brauchen eine deutliche arbeitsteilige Vernetzung handlungsfähiger Einheiten, wir benötigen Ortsnähe ebenso wie regionale Verbände. Einzelne Diakonische Werke sind – zum Teil aus Not – diesen Weg der Fusion gegangen, andere aus Überzeugung. Aber die Organisationsform ist nicht bloß Form, sondern auch Inhalt. Sie entscheidet über Schwerpunkte, über Interventionsformen, über Wirksamkeit nach innen und Stärke nach außen.

Niemanden aufgeben – dieses ist sicher biblisch, aber „nichts“ aufgeben? – da müsste zumindest bezogen

auf Organisationsformen theologisch gründlich drüber nachgedacht werden. Meine langjährige Erfahrung im Bereich Kirche und Diakonie einschließlich dem Hochschulbereich: Vernünftige Neuanfänge werden meistens verpasst, weil der jeweilige Organisationen-Egoismus viel zu weit verbreitet ist. Und eines können Theologen und Professoren einschließlich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter immer noch besonders gut: begründen, dass alles so bleiben soll, wie es ist.

Meine letzte These lautet: Wir werden gerade dann umso besser niemanden aufgeben, wenn wir einiges an unserem Organisationsstrukturen verändern und dabei auch durch Aufgabe Neues gewinnen! Wichtig wäre es schon! Zumal es gute christliche Tradition ist, nicht nur von anderen Änderungen einzuklagen, sondern selbst mit gutem Beispiel voranzuschreiten.

■
Hans Jürgen Benedict

Gelingendes Leben für viele und/oder Gerechtigkeit für die Armen. Selbstkritische Anfragen an die Diakonie im gegenwärtigen Umbau des Sozialstaates

Eine kurze Geschichte von Sozialstaat und Diakonie

Diakonie ist Arbeit im Vorletzten. Dem Hungrigen Brot zu geben, sagt Bonhoeffer in der Ethik, ebnet auch der Gnade den Weg. Ein Jahrhundert vor Bonhoeffer, 1844 dichtete Heinrich Heine: „Es gibt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder, auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust und Zuckererbsen nicht minder. Ja Zuckererbsen für jedermann, sobald die Schoten platzen, den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen. Und wachsen uns Flügel nach dem Tod, so wollen wir euch besuchen, dort oben, und wir, wir essen mit euch die seligsten Torten und Kuchen.“ Heine sah dank der industriellen Fortschritte eine Wohlstandsgesellschaft voraus, die die Entschädigung im Jenseits überflüssig macht. Doch das Elend war viel zu groß und führte erst einmal zum Praktischwerden der Nächstenliebe. Nicht das Himmelreich, aber das Reich Christi auf Erden in „Liebestaten am heillosen Volk durch das heilserfüllte Volk“ wollten Johann Hinrich Wichern und die anderen diakonischen Reformer im 19. Jahrhundert mittels Innerer Mission errichten, und zwar mit Gott, König und Vaterland gegen den gottlosen Sozialismus. „Die Liebe gehört mir wie der Glaube“. Machtgeschützte Liebestätigkeit durch Gründung zahlloser Vereine und Initiativen zur Rettung der Entsittlichten und Verlorenen. Ein heiliger Liebesbund. Eine produktive Ethisierung des Protestantismus. Damals wurden die Tätigkeitsfelder mit den dazugehörigen Institutionen gesetzt, die bis heute die diakonische Arbeit bestimmen – Fürsorge- und Familienerziehung, Krankenpflege, Obdachlosen-, Behinderten-, Suchtarbeit, die Namen der Anstalten sind bis heute Programm und lebendig: Rauhes Haus, Kaiserswerth, Bethel, Neuendettelsau, Johannesstift Berlin, Rummelsberg und so weiter. Übrigens: der erste allgemeine Sozialarbeit Betreibende war Daniel Timm, am Brüderhaus ausgebildet, 1849

von Wichern als Stadtmissionar in die Elendsviertel Hamburgs geschickt. „Geld und gute Worte“ brachte er den Armen, Hartmut Dießenbacher bezeichnete das als „die Geburt des Sozialarbeiters aus dem Geist der Heuchelei“¹, ich finde zu Unrecht. Auch das Wort kann heilen.

Das Reich Christi kam nicht. Es entstand eine diakonische Zweitstruktur neben der Kirche. Trotz allen Fortschritts in der Sittlichkeit massakrierten sich die europäischen Völker im Ersten Weltkrieg. Eben dieser Krieg aber führte im Deutschen Reich zur Zentralisation sozialer Arbeit. Nach der sozialdemokratisch aufgefangenen Novemberrevolution ist daraus mit kräftiger Unterstützung des sozialen Katholizismus (Zentrumspartei), auch das eine Ironie der Geschichte, schon in der Weimarer Republik der Sozialstaat entstanden mit dem starken Kartell der Wohlfahrtsverbände. Die Arbeitslosigkeit aber bekam man nicht in den Griff, was die Heraufkunft des Faschismus begünstigte. Als nationaler Aufbruch freudig begrüßt, vor allem von der Deutschen Diakonenchaft zur Hundertjahrfeier des Rauhen Hauses im September 1933 in Hamburg. „Wir grüßen euch als die SA Jesu Christi.“, rief Pfarrer Schirmmacher den Diakonen zu.

Der Gleichschaltung der Wohlfahrtsverbände konnte die reduzierte Diakonie entgehen, indem sie sich unter das Dach der Kirchen flüchtete. Das führte zur einer gewissen Verkirchlichung der diakonischen Zweitstruktur. Ihre ureigenste Klientel der geistig und körperlich Behinderten konnte sie trotz einiger mutiger Interventionen nicht vor der Vernichtung bewahren, das Denkmal in Hephatah steht mir immer vor Augen.

1 Dießenbacher, Hartmut: Nehmen-Verteilen-Geben in: neue praxis, 2/1984, S. 274ff

Befreiung, Kriegsende, Neuanfang, auch in Hephatah ein Schuldbekenntnis der Bruderschaften. Eugen Gerstenmaiers evangelisches Hilfswerk, noch mal ein Versuch gleichzeitiger Nothilfe und restaurativer Christianisierung. Der Sozialstaat, überparteiliches Anliegen in den 50er und 60er Jahren, als Allparteienskonsens politisch etabliert und expandiert in den 70er und 80er Jahren, auch erfolgreich neu errichtet in den neuen Bundesländern.

Nichts ist so prekär wie der Erfolg. Das goldene Zeitalter der Vollbeschäftigung ist vorbei. Von der Systemalternative, dem Sozialismus geht nach der Wende von 1989 kein Druck in Richtung sozialer Ausgleich mehr aus. Karl Kraus schrieb 1920 als Antwort auf die Bemerkung einer ungarischen Gräfin, Rosa Luxemburg hätte doch bei ihrer aus den Gefängnisbriefen bekannten Naturliebe bleiben sollen, statt auf der Straße zu agitieren, dann wäre sie nicht ermordet worden: „Die Praxis des Kommunismus möge der Teufel holen, aber Gott erhalte ihn uns als konstante Drohung über den Häuptern jener, so da Güter besitzen, die alle anderen zu deren Bewahrung und mit dem Trost, dass das Leben der Güter höchstes nicht sei, an die Fronten des Hungers und der vaterländischen Ehre treiben möchten. Gott erhalte ihn uns, damit dieses Gesindel, das schon nicht mehr aus noch ein weiß vor Frechheit, nicht noch frecher werde, damit die Gesellschaft der ausschließlich Genussberechtigten, die da glaubt, dass die ihr botmäßige Menschheit genug der Liebe habe, wenn sie von ihnen die Syphilis bekommt, wenigstens doch mit einem Alpdruck zu Bette gehe! Damit ihnen wenigstens die Lust vergehe, ihren Opfern Moral zu predigen, und der Humor, über sie Witze zu machen.“ Ein heiliger Zorn, den ich gut verstehe angesichts der Arroganz der Macht. Die Ausuferung des Sozialstaates in die Mitte, die von ihm ausgehende Selbstbedienungsmentalität, unter anderem im Gesundheitswesen bringt ihn jetzt in Gefahr.

Vor allem aber: Er ist gefährdet für die, denen er vor allem galt, den sozial Schwachen und den Arbeitslosen. Das hat mit der Krise der Arbeitsgesellschaft zu tun und der Massenarbeitslosigkeit. Die Reichen werden reicher und wollen sich den angeblich teuren Sozialstaat nicht mehr leisten. Die Missbrauchsdebatte ist willkommener Anlass, Deregulierungen

vorzunehmen und die eigenen Privilegien unangestastet zu lassen.

Es gibt einen Satz, ich weiß nicht mehr, von wem er stammt, der lautet „die Freiheit stirbt zentimeterweise“. Das bezog sich in den 70er Jahren auf die Einschränkung der Freiheitsrechte, vor allem auf die Berufsverbote. Ich will mich auf die Freiheit im Gebiet des Sozialen beziehen: Freiheit im wirtschaftlichen Bereich kann nicht ohne die Klammer der sozialen Gerechtigkeit gestaltet werden. Die Freiheit besteht für die Menschen ohne Eigentum an Produktionsmitteln darin, ihre Arbeitskraft auf dem freien Arbeitsmarkt anzubieten.

Diese ungleiche Situation ist durch den 150-jährigen Kampf der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien so gestaltet worden, dass es für die Arbeitnehmer schützende gesetzliche und tarifrechtliche Regelungen für Arbeitsaufnahme, die Arbeitsgestaltung und Entlohnung sowie die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses gibt. Soziale Marktwirtschaft, betriebliche Mitbestimmung, ständig steigende Löhne mit und ohne Streik, 38 Stundenwoche und so weiter. Das hat bis in die 80er Jahre zu einem lebhaften Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit geführt. Die freie Marktwirtschaft war dank des Verantwortungsbewusstseins aller beteiligten Gesellschaftsgruppen sozial eingebunden. Mit der Veränderung der Produktionsbedingungen, mit der um sich greifenden Rationalisierung durch neue Technologien, der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem zunehmend globalisierten Finanzkapitalismus ist sehr vieles anders geworden. Deregulierung und Flexibilisierung sind die neuen Stichworte. Was das den Menschen antut, gerade in den gelobten USA, hat Richard Sennett in seinem Buch „Der flexible Mensch“ genau und leidenschaftlich beschrieben. Oder Martin Kronauer in seinem Standardwerk „Exklusion“ (obwohl dieser Begriff zuweilen die harten Aspekte der Armut verschleiert).

Die neue Armut und die anwaltliche Reaktion von Diakonie und Kirche

Diakonie hat sich in den letzten 15 Jahren durch Stellungnahmen und Armutsuntersuchungen an-

waltschaftlich immer wieder vorbildlich engagiert. Seit 15 Jahren gibt es gesellschaftliche Reformen und Veränderungen, die sich in der Regel zum Schlechteren für die schwächer Gestellten entwickeln. Seit 15 Jahren wird auch zur Verteidigung der Errungenschaften des Sozialstaats aufgerufen. Ich habe 1995 in einem kleinen programmatischen Aufsatz eine Koalition von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen gefordert.² Was ich dort forderte, das haben 1997 ansatzweise die beiden großen Kirchen in ihrem Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (mit besonderem Blick auf die neuen Bundesländer) mit dem Festhalten an der Option für die Armen in der notwendigen Reform des Sozialstaats vertreten. Wie Sie erinnern, gab es einen ersten Entwurf, dann eine breite Diskussion in den Gremien, woraufhin der endgültige Text erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Politik, das letzte Jahr von Kohl, musste reagieren, tat es aber hinhaltend, dann kam die Abwahl, das Projekt Rotgrün mit seiner Ankündigung einer Reform des Ausländerrechts (doppelte Staatsbürgerschaft), Reform der Vermögenssteuer. Sie wissen, was daraus geworden ist. 1998 blieb die Diakoniedenkschrift verhalten auf der Linie des Sozialworts, akzentuierte vor allem das zivilgesellschaftliche Engagement, ohne die Mahnung an gesetzliche Maßnahmen aufzugeben. Dann die zweite Legislaturperiode der Rotgrünen Koalition mit den Hartz-IV-Gesetzen.

Die Kirchen schienen sich (anders als die Diakonie) mit dem neuen aktivierenden Staat und seiner Reform-Politik arrangiert zu haben. Ein paar Beispiele: Der scheidende Ratsvorsitzende der EKD, Präses Manfred Kock lobte anlässlich des Ökumenischen Kirchentags 2003 in Berlin den Reformkurs der Rotgrünen Koalition. Der neue Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, befürwortete die eingeleitete Reformpolitik. Vom Präsidenten des Diakonischen Werks der EKD, Jürgen Gohde war kein großer öffentlicher Protest zu hören. Die Deutsche Bischofskonferenz rückte im Herbst 2003 vom Sozialwort ab und plädierte für einen radikalen Umbau des Sozialstaats. Die Zeitschrift *Zeitzeichen*, offizielles

² Benedict, Hans-Jürgen, 1995: Die Kirchen und die Krise des Sozialstaats. Wenn die Posaune einen undeutlichen Ton gibt. Stichworte für eine streitbare Diakonie. Hamburg, S. 132ff

Sprachrohr des Protestantismus, rückte in einem Themenheft (April 2003) an die Regierungsposition heran.

Aber auch in der Diakonie bröckelt es hier und da. Johannes Degen, ehemaliger Leiter der Diakonischen Akademie und Leiter einer großen Diakonieeinrichtung, hielt 2005 anlässlich seiner Umhabilitierung nach Bethel einen programmatischen Vortrag „Von der Fürsorge zur Selbstsorge“ in Bethel; das sah nach einem Paradigmenwechsel aus.³ Protest im kirchlichen Bereich fokussierte sich fast nur noch um die Zeitschrift *publik forum* mit dem unermüdlichen Wolfgang Kessler. Ich verweise auf das Dossier Baustelle Sozialstaat: Abriss oder Umbau? Inzwischen ist die Implementierung der Hartz IV-Gesetze mit der Einführung der Ein-Euro-Jobs über die Bühne gegangen, ohne den erwartbaren großen Protest der Wohlfahrtsverbände.

Die – zwar heftig umkämpfte – von der Rotgrünen Koalition eingeleitete Reformpolitik Agenda 2010 hat also endgültig zu einer Normalisierung von Armut geführt. Das angloamerikanische Modell, mehr Arbeitsplätze um den Preis größerer Ungleichheit und geringerer sozialer Sicherheit gerade für die ärmeren Schichten wird auch im ehemaligen Muster-Sozialstaat Deutschland akzeptiert. Die Verabschiedung von dem Gedanken öffentlicher Beschäftigungsprogramme mit sozialrechtlicher Absicherung hin zu der rechtlosen Mehraufwandsvariante Ein-Euro-Jobs zeigt dies deutlich. Die Diakonie, erst dagegen, machte dann doch mit.

Jetzt ist mit der Denkschrift der Kammer für Soziale Ordnung der EKD unter dem Titel „Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ teilweise wieder an das Sozialwort angeknüpft worden.

„Ohne materielle Verteilungsgerechtigkeit läuft Chancengleichheit ins Leere“ lautet der zentrale Satz. Menschen müssten in materieller Hinsicht so gestellt werden, dass ihnen ein Leben in Würde möglich sei. Die Höhe der Transferleistungen müsse immer wie-

³ Die erboste Reaktion der Taxifahrerin, die mich auf den Berg brachte: „So denken die sich das und schließen auch hier immer mehr Einrichtungen.“

der geprüft und der allgemeinen Entwicklung angepasst werden. Die Armut von Kindern sei besonders zu beklagen. Elterngeld und Steuervergünstigungen verfolgten das Ziel, die Zahl der Geburten zu erhöhen. Das aber helfe den jetzt schon real existierenden zwei Millionen armen Kindern nicht viel. Sie bedürften neben der Erhöhung der Transferleistungen „institutioneller Förderleistungen wie Kindergärten und Ganztagschulen“. Angesichts der vielen Ressourcen im Land gebe es keine Entschuldigung, unzureichende Teilhabe und Armut nicht überwinden zu wollen. Deswegen unterstreicht die Kammer für Soziale Ordnung auch die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Das Thema Armut könne vom Thema Reichtum nicht getrennt werden. Hört sich zunächst gut an, doch es sind Sätze, die wohl ohne große Wirkung verhallen werden, weil sie in der Regel nicht mit konkreten Forderungen verknüpft werden, weil nicht angegeben wird, wie sie umgesetzt werden können und wer sie umsetzen soll. Schon gar nicht, was Kirche und Diakonie zu tun gedenken, falls sozialpolitisch nichts geschieht, was ja zu erwarten ist.

Außerdem ist der Begriff „gerechte Teilhabe“ fragwürdig, weil er Rechtsansprüche aufgibt. Der Begriff „Recht auf Beteiligung“ wäre besser. Aber so ist das nun mal: Kirchliche Denkschriften wollen die Gewissen derjenigen schärfen, die verantwortlich sind, zum Nachdenken anregen. Sie sind keine Kampfschriften, die wir Altlinke immer noch erwarten, keine Anleitung zum sozialen Ungehorsam, sondern mühsam ausgehandelte Kompromisse. Was daraus wird, steht in Gottes Hand, die, sarkastisch gesagt, heute aber die unsichtbare Hand des Marktes ist.

Kurz vor der Veröffentlichung der EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ war der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Jürgen Gohde, nach seinem umstrittenen Votum zu Hartz IV, er hatte die Warnung des Städtetags vor zu hohen Hartz-IV-Kosten im Alleingang unterstützt, zurückgetreten. „Die Zurückführung der Inanspruchnahme von Sozialleistungen und die Senkung privater Leistungen ist in dieser Form gegen die Hilfebedürftigen gerichtet: Anliegen der Diakonie ist es aber, Anwältin der Menschen zu sein, die Hilfe brauchen“, so die Hamburger Landespastorin und Vorsitzende des Diako-

nischen Rats, Annegrethe Stoltenberg. Gut gesagt, benedicta, aber wie das umsetzen?

Spielräume und Grenzen der Kritik des Diakonischen Werkes der EKD

Zunächst noch ein Blick auf die Rolle der Diakonie im Sozialstaat. Das Leitbild des Diakonischen Werkes der EKD steht unter dem Motto „Damit das Leben gelingt“. Dass das Leben gelingt, für uns selbst und für die anderen, die am Rande, das wünschen wir uns alle. Und wir delegieren diese Unterstützung der anderen gerne an dafür zuständige Organisationen, denn in unserem Berufsalltag sind wir mit der Hilfe für Behinderte, Alte, Kranke und Ausgegrenzte zumeist überfordert. Die Straße von Jerusalem nach Jericho ist dank Bundessozialhilfegesetz einigermaßen sicher, aber der Wirt, sprich Sozialarbeit und Diakonie, haben auch in der postindustriellen Risikogesellschaft alle Hände voll zu tun. Auch die kirchlich Distanzierten sind froh, dass es die Diakonie gibt. Diakonie ist akzeptiert, übrigens ohne dass das kirchlich groß zu Buche schlägt. Wer seine Mutter im kirchlichen Altenheim mit Gütesiegel unterbringt, wird deswegen nicht den Gottesdienst in der Gemeinde besuchen. Diakonische Leistungen werden im übrigen zu fast 90 Prozent refinanziert. Dieser die Wohlfahrtsverbände privilegierende Konsens erlaubt vielfältige Formen diakonischer Tätigkeit.

Wohlfahrtsverbände wirken an der politischen Willensbildung mit, durch Mitberatung in Ausschüssen, die Gesetzestexte ausarbeiten, durch Anhörungen für Regierungsberichte, durch öffentliche Stellungnahmen und Expertisen, durch Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, durch eigene empirische Untersuchungen. Dieses partnerschaftliche Verhältnis von Kirche und Staat im Bereich der Diakonie setzt der Diakonie Grenzen, was ihr kritisch-prophetisches Amt betrifft. Diakonie ist, wie Johannes Degen mal gesagt hat, eben offene Volksdiakonie und keine bekennende Gemeindediakonie, darüber gab es in den 70er Jahren eine Kontroverse. Genauer: Einerseits ist die Diakonie der Vorhof der Kirche im Staat. Andererseits reicht der Staat über die Diakonie weit in die Kirche hinein. Auch hier wieder die Ambivalenz der Privilegierung. War die Diakonie lange Zeit Nutznießerin des ausdifferenzierten Sozialstaats,

so wird sie jetzt auch Erfüllungsgehilfin eines sich abmagernden Sozialstaats. Da sie nur gering kirchlich eigenfinanziert ist, kann sie aus eigenen Mitteln wenig Zeichenhaftes gegen staatliche Deregulierung setzen.

Dem Diakonischen Rat und seiner Vorsitzenden ist dies wenige, zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik, aber zu Recht wichtig: „Wir brauchen einen zweiten Arbeitsmarkt, der auf Dauer angelegt ist für die Menschen, die trotz aller Bemühungen keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden.“ (Annegrethe Stoltenberg). Etwas Ähnliches wollte Jürgen Gohde mit seinem Aktiv-Passiv-Transfer-Modell für einen zweiten Arbeitsmarkt allerdings auch. Noch in seinem letzten Bericht 2005 hatte er die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse angemahnt, sich gegen weitere Minijobs ausgesprochen (Diakoniejahrbuch 2005, Seiten 21-23). Im übrigen gilt: Diakonische Werke sind nicht als solche sakrosankt, sondern bleiben Kritikobjekt der größeren Diakonie – sie sind fehlbarer Teil im Prozess der Gerechtigkeit Gottes mit der Welt durch uns Menschen. Vorläufiges Kriterium der Beurteilung ist nicht nur der Maßstab der Nächstenliebe, sondern die Einlösung der Menschen- und Sozialrechte in der diakonischen Arbeit. Sicher ist die Liebe die Erfüllung des Gesetzes, aber die Menschen- und Sozialrechte sind der Maßstab der christlichen Liebestätigkeit. Werden diese Rechte bei den Mitarbeitenden in konkreten Betriebsverfassungsfragen gewahrt, kommen die Klienten stets zu ihrem Recht oder bleiben sie Objekte der Betreuung und Barmherzigkeit und so weiter?⁴ Auch Diakonie und Diakon-Sein sollte zuerst Menschenrechtsprofession sein!

Diakonische Armutsorientierung zivilgesellschaftlich

Kirche und Diakonie sind engagiert in zivilgesellschaftlicher Armutsbekämpfung. Beispiel Tafeln: Die 1993 in Berlin nach amerikanischem Vorbild entstandene Berliner Tafel basiert auf dem Gedanken, nicht benötigte Lebensmittel von Handelsketten und

Hotels den Bedürftigen und sozialen Einrichtungen zukommen zu lassen. Es war eine Idee, die zündete. Sie wurde mit der Gründung der Hamburger Tafel richtig bekannt und verbreitet sich schnell. Bundesweit gibt es inzwischen 400 Tafeln mit etwa 10.000 ehrenamtlichen Helfern und einem Dachverband. 800 Mitarbeitende arbeiten in festen und zeitweilig geförderten Stellen. 580 Tafelfahrzeuge transportieren die Lebensmittel. 50.000 Tonnen überschüssiger Lebensmittel werden jährlich verteilt. Was als Zwischenlösung in einer Notsituation gedacht war, hat sich inzwischen zu einem festen Bestandteil der Versorgung der Armutsbevölkerung entwickelt. Zivilgesellschaftliche Barmherzigkeit sollte zu Recht werden, sie blieb aber im Barmherzigen stecken.

An die Stelle von Rechtsansprüchen an den Sozialstaat treten Almosen, tritt das Angewiesensein auf private, zivilgesellschaftliche Mildtätigkeit. Private Caritas erspart dem Staat erhebliche Kosten. Aber Barmherzigkeit, die nicht auf die Reintegration ihrer zeitweiligen Empfänger abzielt, grenzt diese gegen ihre Absicht weiter aus und trägt so zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Von der Umsetzung des biblischen Erbes einer institutionalisierten Gerechtigkeit (Sozialsteuer, Schuldenerlass) ist man weiter entfernt denn je. Amerikanische Verhältnisse herrschen an den Orten, wo vor allem Ehrenamtliche Suppen und einfache Speisen an Bedürftige austeilten.

Einen Einblick in diese Parallelgesellschaft bietet Gabriele Goettles Sozialreportage „Die Ärmsten! Wahre Geschichten aus dem arbeitslosen Leben“. 400 bis 500 dieser Ärmsten kommen jeden Tag zu der von Schwester Gerharda geleiteten katholischen Essensausgabe Ali Maus im Hamburg-Altona. Wie es inzwischen zugeht in den vielen Suppenküchen, ist unter sozialrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr akzeptabel. So beeindruckend die vielen Kirchenküchen, Vesperkirchen sowie die Wohnungslosen- und Arbeitslosenprojekte unter dem Aspekt freiwilliger Solidarisierung sind, so skandalös ist die Tatsache, dass es sie in dieser Menge geben muss. Barmherzigkeitsprojekte sind so gesehen ein Armutszeugnis einer reichen Gesellschaft.

⁴ Ich erinnere an die weitgehend unaufgearbeitete Heimerziehung in kirchlicher Trägerschaft in dem Buch von Wensierski, Peter, 2006: Schläge im Namen des Herrn, München

Wir haben ein widersprüchliches Bild. Einerseits eine beachtliche Zunahme zivilgesellschaftlichen Engagements, andererseits den Rückzug des Staates aus diesen Bereichen. Der Staat rechnet inzwischen fest mit diesen ehrenamtlichen Initiativen. Selbst in die Auslegung des Sozialgesetzbuchs hat das inzwischen Eingang gefunden, wenn es beispielsweise zu § 23 Abweichende Erbringung von Regelleistungen heißt: Die Agentur für Arbeit erbringt bei Nachweis eines unabweisbaren Bedarfs eine Sach- oder Geldleistung, „wenn der Leistungsberechtigte vorrangig nicht auf eine andere Bedarfsdeckung, zum Beispiel auf Gebrauchsgüterlager oder auf Kleiderkammern verwiesen werden kann“ (SGB II).

Viele Armutsprojekte feierten 2004/2005 ihr zehnjähriges Jubiläum, obwohl es eigentlich keinen Grund zum Feiern gibt. Denn die zu begrüßende Rückbindung sozialer Verantwortung der Bürger in ihr alltagsweltliches Handeln geht leider einher mit einem Rückfall in deregulierte private Zuständigkeiten und mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Die neue Sozialkultur ist von der den Armen verpflichteten Diakonie nur zu unterstützen, wenn sie mit einer armutsfesten Grundsicherung und einer Umverteilung von oben nach unten verbunden wird. Diakonie und Kirche müssten in der Tradition der Reichtumskritik der frühen Kirche die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (sie ist ja nur ausgesetzt, in Hamburg entgingen der Stadt seit der Aussetzung drei Milliarden Euro an Einnahmen), die Besteuerung von Spekulationsgewinnen und die schärfere Aufdeckung von Steuerbetrug bei Unternehmen fordern, um so die vielbeschworenen leeren Kassen der Kommunen aufzubessern. (Es ist erwiesen, dass jeder zusätzlich eingestellte Steuerprüfer durch Steuerprüfungen etwa eine Million Euro zusätzlicher Steuereinnahmen erbringt).

Wir brauchen eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung von Staat und Gesellschaft. Die Diakonie kann dafür Impulse setzen durch Pilotprojekte. Sie kann und darf dem Staat aber nicht die Armutsbekämpfung abnehmen, indem sie die physiologischen Grundbedürfnisse der Armen auf dem Niveau von Suppenküchen sichert. Das ist keine Option für die Armen im biblischen und im sozialstaatlichen Sinn (Schafft Recht den Armen), sondern eher die über-

holte Armutsorientierung als Barmherzigkeit. Originalton Präsident Jürgen Gohde 2005: „Die Diakonie im sozialen Umbau und Rückbauprozess ist nicht die „Suppenküche der Nation“ und darf sich auch nicht auf diese Rolle reduzieren lassen. Kirche ist mehr. Wir dürfen nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen.“ (Diakonie Jahrbuch 2005, Seite 29).

Sich von Not anrühren zu lassen, ein Herz für die Armen haben bleibt natürlich genuine Aufgabe der Kirche wie der Diakonie. Die Armen vor der Kirchentür, in den Einkaufsstraßen, aber auch die verschämte Armut in den Quartieren sind eine Herausforderung zum Handeln. Der Arme ist der Altar Christi auf der Straße – so sagte vor 1600 Jahren der heilige Chrysostomos in Konstantinopel den Reichen seiner Zeit, an dem dürft ihr nicht vorübergehen. Aber genauso wichtig ist neben der Versorgung der Armen die Thematisierung einer normalisierten Armut zum Zwecke ihrer Abschaffung. Gegen Armut, Isolierung, Einsamkeit heißt das Motto des Hamburger Spendenparlaments. Eine wunderbare Erfindung, dieses Spendenparlament (ich bin auch Mitglied), aber die vorbildlichen Aktivitäten reichen nicht, um den Trend umzukehren, und das muss Diakonie immer wieder öffentlich sagen, vielleicht auch mal symbolisch-prophetisch inszenieren. Nötig wäre ein politischer Aktionstag, eine Kampagne der Armen (im Sinne Martin Luther Kings), ein Streik beziehungsweise Selbstboykott, an dem alle Tafeln, Kirchenküchen und Essensausgabestellen geschlossen werden, zusammen mit Demos und Info-Aktionen über das Ausmaß alltäglicher Bedürftigkeit in unserer Reichen-Republik.

Armutsorientierung institutionell: Steffen Fleßas Forderung einer armutsorientierten Diakonie.⁵

Jürgen Gohde sagte im Bericht 2005: „Armutsorientierter Diakonie geht es um die Selbstachtung und Würde der Menschen. Sie macht sich selbst überflüssig.“ (Diakonie Jahrbuch 2005, Seite 29) Schöne Worte, aber keine konkreten Umsetzungen. Der Gesundheitsökonom Steffen Fleßa, nicht vom Fach, aber engagierter Christ, hat hier eine Rolle übernommen,

⁵ Fleßa, Steffen, 2003: Arme habt ihr allezeit! Ein Plädoyer für eine armutsorientierte Diakonie. Göttingen

die eigentlich von uns Diakoniewissenschaftlern ausgefüllt werden müsste. Ich habe mich zwar in Aufsätzen dazu geäußert, aber nie im Zusammenhang eines Gesamtentwurfs armutsorientierter Diakonie. Deswegen zunächst der Dank an den Fremdpropheten und dann eine knappe Zusammenfassung seiner Thesen.⁶ Ich streife kurz die theologische Begründung. Fleßa setzt bei Mt. 25,31ff an. Er nennt die darin genannten Gruppen: Hungernde, Durstende, Kranke, Gefangene, Obdachlose, verletzlich, schutzlos oder mit einem Fremdwort vulnerabel. Vulnerabilität bedeutet, eine Person ist nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse selbstständig zu stillen. Sie benötigt Hilfe. Mit der Bedürfnispyramide von Maslow unterscheidet Fleßa physiologische, Sicherheits-, soziale, Wertschätzungsbedürfnisse. Arme können oft ihre physiologischen und auch ihre Sicherheitsbedürfnisse nicht befriedigen, von den höheren Bedürfnissen (Wertschätzung) ganz zu schweigen. Sie brauchen bereits hierfür Hilfe. Sie sind deshalb die eigentliche Zielgruppe diakonischer Unternehmen.

Daraus folgt für Fleßa: Geld löst das Problem physiologischer und auch der Sicherheitsbedürfnisse: „Hilflos und damit Zielgruppe diakonischen Handelns sind Arme, die nicht genug Geld haben, um ihre physiologischen Grundbedürfnisse zu stillen“.⁷ Dies wird durch die Armutsorientierung der biblischen Schriften unterstützt. Gottes besonderer Schutz gilt den Armen; eine Reihe von Regelungen in den alttestamentlichen Rechtsbestimmungen, der Sozialkritik der Propheten und der Ermahnungen macht das deutlich. In der Verkündigung Jesu wird diese Option für die Armen, denen die Verheißung des Gottesreichs gilt, fortgesetzt. Diakonische Unternehmen haben deshalb den einen Zweck, Armen in ihrer Vulnerabilität zu helfen, damit sie ihre eigenen existenziellen Grundbedürfnisse befriedigen können.

Auf der Grundlage des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung von 2001 macht Fleßa deutlich, dass die Einkommensarmut und die Vermögensarmut einer wachsenden Bevölkerungsgruppe zu

soziokultureller Ausgrenzung und Marginalisierung führt. So hängen Armut und schlechtere Gesundheit, geringere Bildung, beengte Wohnverhältnisse zusammen. So ist die altersstandardisierte Sterblichkeit für koronare Herzkrankheiten bei Männern stark von der sozialen Schicht abhängig. Herzinfarkt ist keine Managerkrankheit, sondern ein Armutsproblem. Das gleiche gilt für Diabetes und für die Übergewichtigkeit von Kindern und Jugendlichen.

Die größte Zahl der Armen liegt in der Schnittmenge der Risikogruppen: Familien mit mehreren Kindern, geringer Bildung, schlechten Wohnverhältnissen. Alleinerziehende, Rentner, Arbeitslose, chronisch Kranke, Zuwanderer, Wohnungslose.⁸

Die Angebote der Diakonie sollten sich deshalb bewusst an die Unterschicht wenden, das nicht der Arbeiterwohlfahrt überlassen. Wohnungslosenhilfe, Altenheime für Randgruppen (zum Beispiel wohnungslose Alkoholiker), Jugendarbeit mit Spätaussiedlern, Schuldnerberatung sollten nach Fleßa bevorzugte Arbeitsgebiete einer armutsorientierten Diakonie sein.

„Eine Diakonie, die auch Armutshilfe betreibt, ist noch keine armutsorientierte Diakonie.“⁹ „Würden die Manager diakonischer Sozialleistungsunternehmen genauso viel Phantasie für die Bekämpfung der Armut aufbringen wie für die Entwicklung neuer Angebote für die Oberschicht, könnte die Diakonie tatsächlich einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten.“¹⁰

Während der Markt für höhere Bedürfnisse eine gute Versorgung gewährleistet, bedarf er für Güter, die der Grundbedürfnisbefriedigung dienen, der Regulation. Der Markt auch der Sozialleistungen lässt viele Bedürfnisse, auch objektiven Mangel unerkannt und ungestillt. Die Armen haben nur einen begrenzten Marktzugang, da ihnen die Eintrittskarte, die Kaufkraft fehlt. Daraus folgert Fleßa: „Die Bekämpfung der materiellen Armut ist damit Dreh- und Angelpunkt der Diakonie, deren Hauptziel es

6 Siehe dazu das Themenheft der Zeitschrift Pastoraltheologie 12, 2006 mit Aufsätzen von Benedict, Hauschildt und Fleßa.

7 ebda S. 61

8 ebda S. 122

9 ebda S. 132

10 ebda S. 125

ist, Menschen zu helfen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.“¹¹

Fleßa macht einen Vorschlag, wie eine armutsorientierte Leistungsprogrammplanung auszusehen hätte. Diakonie soll als Intermediär zwischen Staats- und Marktversagen tätig werden „Dort, wo die Armen aufgrund ihrer fehlenden Kaufkraft von der Bedürfnisbefriedigung ausgeschlossen werden, garantieren diakonische Anbieter die biblisch verbürgte Startchancengerechtigkeit sowie die Mindestversorgung der Armen. Dort, wo der Staat diese Randgruppen nicht versorgen kann, weil er zu ineffizient, zu langsam, zu schwerfällig ist, gewährleistet die Diakonie, dass die Würde der Armen gewahrt bleibt. Klein und basisnah kann eine armutsorientierte Diakonie entstehende Notlagen aufspüren und angehen, lange bevor der Staat diese Versorgungslücken entdeckt und nach einem komplizierten politischen Prozess endlich füllt.“¹² Das Geld dafür soll nach Fleßa zum Beispiel aus der Aufgabe diakonischer Kleinstkrankenhäuser und aus den Einrichtungen betreuten Wohnens genommen werden. „Auf Konkurrenzmärkten könnten Einrichtungen an kommerzielle Anbieter verkauft werden. Damit bleiben die Arbeitsplätze und die Versorgung der Kunden gewährleistet. Auch die starke Stellung der Seelsorge lässt sich vertraglich verankern“¹³. Die Mittelzuflüsse werden in Stiftungen zur Sicherung der Armenhilfe angelegt. Es wird eine Art ZeroBase-Budgeting durchgeführt, das die diakonischen Aufgaben auf dem Hintergrund des Bedürfnisschemas prüft. Ist ein physiologisches Grundbedürfnis gefährdet, so wird die Versorgung, falls es keine anderen Anbieter gibt, durch die armutsorientierte Diakonie wahrgenommen. Wie gesagt, eine sympathische Umsetzung der Option für die Armen, die aber doch eine gefährliche Implikation hat.

Kritik am Konzept Armutsorientierter Umbau von Diakonieunternehmen

So sehr es richtig ist, dass Beistandschaft das Merkmal christlicher Diakonie ist – man kann nicht so tun, als lebten wir noch in vorsozialstaatlichen Zeiten.

11 ebda S. 141

12 ebda S. 160

13 ebda S. 164

Die von Fleßa vorgeschlagene Armutsorientierung geht indirekt von der Normalisierung von Armut aus und sieht ihre Bekämpfung nicht mehr als originär staatliche Aufgabe an. Eine öffentliche Politik der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der damit verbundenen indirekten Armutsbekämpfung wird aufgegeben. Diakonische und andere zivilgesellschaftliche Institutionen sollen Not und Armut aufspüren und kreativ-unbürokratisch Nothilfe leisten. Diakonie wird so zum barmherzigen Samariter an der Straße eines deregulierten Sozial- und Wirtschaftssystems. Aus der Ausnahme der Nothilfe macht Fleßa die Regel. Diakonie als Intermediär zwischen Staats- und Marktversagen soll schlimmste Missstände erträglich machen, ohne sie noch beseitigen zu wollen.

So sehr dem Plädoyer der Armutsorientierung der Diakonie (gegenüber einer Marktorientierung an den besser Verdienenden) zuzustimmen ist – es geht nicht an, die Phase der Verrechtlichung sozialer Ansprüche und das verfassungsrechtliche Gebot des sozialen Ausgleichs einfach zu überspringen, wie Fleßa das tut, und die Armen wieder den barmherzigen Initiativen zu überlassen, seien sie auch diakonisch gut organisiert und finanziert. Wenn er sagt: „Diese Armut (kann) weder durch den Staat noch ausschließlich durch den Markt beseitigt werden, vielmehr bedarf es der privaten Initiative von Christen, Armut nachhaltig zu bekämpfen“, so ist eine solche Position zurückzuweisen. Sie ist ein Rückfall in die vorrechtliche Phase des 19. Jahrhunderts. Im Übrigen basiert sie weder auf einer gründlichen Analyse der neuen Agenda-Sozialpolitik noch der Armuts- und Barmherzigkeitsprojekte.

Weiter ist kritisch anzumerken, dass seine Alternative Markt – Nichtmarkt mit der Unterstellung, im Nichtmarkt könne man sich von den Problemen des Markts verabschieden, falsch ist. Der Sozialmarkt ist dem Dritten Sektor benachbart, der lokalen und der Gemeinwesenökonomie, und der hat auch theologisch-anthropologisch viel mit der Leben erhaltenden Gabenökonomie zu tun (siehe dazu Benedict in: Schibilsky/Zitt, Hrsg. Theologie und Diakonie, 2001). Die Diakonie muss sich weiter auf die besonderen Bedingungen im Sozialmarkt einlassen. Güter im Dritten Sektor wie Gesundheit, Pflege, Bildung, Familien- und Altenhilfe können nur erstellt werden durch

aktive Beteiligung der Abnehmer, durch Vertrauen und personale Beziehungen. Die Verhandlungen mit den Kostenträgern, die Umsetzung staatlich-bürokratischer Regelungen konstituieren für diakonische Nonprofitunternehmen einen Aufgabenbereich, dem sie sich nicht durch das Ausweichen in einen parteilichen Armutssektor entziehen können. Die am dualen Wohlfahrtssystem mit ihren Regelaufgaben beteiligte Diakonie kann schon aus Verantwortung für die Hunderttausende von Mitarbeitern trotz mancher seltsamen Altlast diesen Ansatz nicht aufgeben. Armutsorientierte Umschichtungen/Akzentsetzungen in diakonischen Mischunternehmen sind aber ernsthaft zu erwägen.

Fleßa akzentuiert mit Recht die materielle Dimension der Armutsproblematik. Natürlich ist mehr Geld ein Schlüssel zur Teilhabe. Wie sagt der arme Woyzeck, als er den Hauptmann rasiert und dieser ihm moralische Vorhaltungen macht. „Wir arme Leut. Sehn Sie, Herr Hauptmann. Geld, Geld! Wer kein Geld hat. Da setz einmal eines seinesgleichen auf die Moral in die Welt! Man hat auch sein Fleisch und Blut. Unser-eins ist doch einmal unselig in der und der andern Welt. Ich glaub, wenn wir in den Himmel kämen, so müssten wir donnern helfen.“ (Georg Büchner, Woyzeck, Szene 6).

Die Gespräche, die das Forschungsteam um Claudia Schulz¹⁴ in Wilhelmsburg mit ALG II-Empfängern und Ein-Euro-Jobbern geführt hat, zeigen das auf eindrückliche Weise. Einerseits sehen sie ihre Ein-Euro-Jobs als Gelegenheit sinnhafter Tätigkeit, mit der sie noch etwas für andere, noch Ärmere tun können. Zum andern haben sie sich so sehr mit ihrer Situation abgefunden, dass die aus der Beratung bekannte Wunderfrage bei ihnen wenig Phantasie freisetzt. Deutlich ist die Ablehnung der Wunder-idee bei den erwerbstätigen armen Frauen. Sie führt zu gegenteiligen Assoziationen (kaputte Waschmaschine)¹⁵ oder sie provoziert ein tieferes Nachdenken (illusionärer Konsum).

14 Schulz, Claudia, 2007: Ausgegrenzt und abgefunden. Innenansicht der Armut. Eine empirische Studie
15 ebda S. 90

Vor allem aber passt die Frage nicht zu ihrem üblichen Umgang mit der Realität.¹⁶ Das ist aufschlussreich, denn in der Kulturosoziologie herrscht ja immer noch die Vorstellung, Frauen würden durch illusionäre Filme über die elende Welt hinweggetröstet (von Siegfried Kracauers „Die kleinen Ladenmädchen gehen ins Kino“ über Adorno bis zu Woody Allens „Purple Rose of Cairo“).

Die Migrantinnen wünschen sich vor allem die Schulden weg, ohne damit eine Vorstellung vom besseren Leben zu verbinden.¹⁷ Für sie ist das von Gerhard Schulze diagnostizierte Projekt des schönen Lebens (Die Erlebnisgesellschaft, 1992) noch nicht einmal am Horizont zu sehen, so sehr sind sie dem Überlebenskampf verhaftet. Interessant andererseits die Antwort der Männer mit Ein-Euro-Jobs auf die Wunderfrage, die sich in gewisser Weise sofort auf das altruistische Gleis begibt. Sie übernehmen die Rolle des Wundertäters für die, denen es schlechter geht als ihnen (Charterflug mit Lebensmitteln nach Afrika). Mag darin auch ein Stück Versorger-Heroismus stecken,¹⁸ – was die Studie noch vorsichtig anfragt, Einbindung Ausgegrenzter in Hilfeleistung für andere,¹⁹ ist meines Erachtens sicher eine Stärkung von Teilhabe (man denke an den Kreislauf der Gaben in 2 Kor 8/9). Wunderbar finde ich die Interpretation des Gesprächs der älteren Frauen²⁰ – wie hier eine ansteckende heitere Phantasie sich entwickelt, die Freiheit der eigenen kulturellen Bedürfnisbefriedigung, die auch die zurückhaltende Frau dazu ermuntert, ihren größten Wunsch zu äußern – endlich einmal das Musical „Der König der Löwen“ zu sehen.

Damit das Leben gelingt ist der Leitsatz des Diakonischen Werkes der EKD. Diakonie muss (mit Fleßa und anderen) sagen: Den Armen mangelt es schlicht an genügend Geld, um ein gelingendes Leben zu führen, was schon daran erkennbar ist, dass der Sozialhilfesatz weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten der letzten Jahre zurückgeblieben ist (siehe dazu Diakonie-Report Diakonisches Werk Hamburg 1/2007: Diakonie fordert: Sozialhilfe erhöhen.) Was würde passieren, wenn die Dia-

16 ebda S. 93

17 ebda S. 95

18 ebda S. 97f

19 ebda S. 98

20 ebda S. 100f

konie in Hamburg ein, zwei Altenheime verkaufte, um einigen tausend ALG II-Beziehern die fehlende zwanzigprozentige Erhöhung für ein paar Monate zu kompensieren? Ein hochherziger symbolischer Akt, der zu denken gäbe. Die gegenwärtige Diskussion um die längere Bezugsdauer von ALG I für ältere Arbeitslose zeigt immerhin, dass die soziale Sensibilität für das relative Unrecht der Hartz IV-Regelungen in Politik und Gesellschaft nicht ganz verschwunden ist, auch wenn die angeblich liberale ZEIT deswegen gleich auf der ersten Seite ziemlich geschmacklos eine Todesanzeige für Hartz IV schaltet (11.10.2007)

Berechtigt ist hingegen Fleßas Kritik an der Ausrichtung am Spezialmarkt Betreutes Wohnen für Besergestellte (Aber ist das die Regel? Doch eher nicht!). Gelingendes Leben für möglichst viele ist also weiter ein vorrangiges Ziel von Diakonie. Fleßa hält in seiner Antwort auf Hauschildt und mich nach dem völlig berechtigten Hinweis auf die weiter wachsende Armut dagegen – wieso haben wir diakonische Pflegedienste, aber keine kirchlichen Physiotherapeuten, wieso Krankenhäuser und keine Bestattungsdienste? Wieso Altenheime, aber keine Restaurants? Das hat gute geschichtliche Gründe, trägt aber heute unter den Bedingungen von Dynaxity (Prägung von hoher Komplexität und Dynamik in der Wirtschaft) nicht mehr. Von der Hausvaterorganisation zur Alleskönner-Diakonie, zum „regionalen Monopolisten für soziale Dienstleistungen“ (so der Betheler Anspruch, das sei Größenwahn, so Fleßa) – das sei infrage zu stellen. Fleßa sagt: Ein Gemischtwarenkoncern wird nicht überleben. Nötig ist die Reduzierung der Komplexität durch Fokussierung auf einen Aufgabenkern. Die Armutsdynamik ist ein solcher Kern – hier kann Diakonie basisnah, hochgradig vernetzt und aktuell reagieren. Und er warnt: „Wer Bereiche, die eigentlich getrost von anderen abgedeckt werden können, mit aller Gewalt behält und damit keine Kapazitäten schafft für armutsorientierte Diakonie, wird an diesen Menschen schuldig.“²¹ Fleßas Ziel ist also die kleine parteiliche Diakonie nach dem Modell der kleinen Kirche. Das ist zwar in Einzelfällen immer wieder machbar, steht aber als Gesamtziel quer zu dem dualen Wohlfahrtssystem der Bundesrepublik

21 Fleßa, Steffen, Armutsorientierung: dringender als je zuvor: In Pastoraltheologie 41/2006, S. 504

mit dem starken Kartell der großen Wohlfahrtsverbände, zu dem auch Diakonie und Caritas gehören. Auch Diakonie muss sich auf dem Sozialmarkt nach Freigabe der gewerblichen Anbieter profilieren und behaupten. Wie sie das tut, ob parteilich orientiert an der vorrangigen Option für die Armen und/oder an einer Fortschreibung des Mischunternehmens Diakonie Gesundheit, Erziehung, Fürsorge und Beratung, Behinderung, Alter, unter dem Aspekt gelingendes Leben, das ist die Frage. Also, noch mal: Was ist das Merkmal für ein diakonisches Leistungsprogramm? Gelingendes Leben für viele oder vorrangige Option für die Armen? Oder beides?

Zwischenspiel – Ein Präsident spricht. Und: Wie sähe eine Armutsorientierung des Rauhen Hauses aus?

Ich bin immer beeindruckt, wenn ich die Rechenschaftsberichte des Diakonischen Werkes der EKD lese. Welche Vielfalt von Tätigkeiten, Initiativen, innovativen fachlichen Beiträgen, Gesetzesberatungen, Kommentaren, eventuell Klagen, Leitfäden, Forschungen besonders in den Bereichen Gesundheit, Rehabilitation und Pflege sowie Familie, Integration, Bildung und Armut. Da überhaupt durchzublicken ist schon eine Kunst für sich. Ein hochkomplexes Paragraphen- und Förderungssystem, alles gesetzlich geregelt, indem Akteur zu sein große Kompetenz erfordert. Wer überblickt noch all die Regelungen und Förderungsvoraussetzungen der Sozialgesetzbücher? Ach, dass doch ein Kirchhoff käme und das alles auf ein paar Grunddinge reduzierte. Und in alldem die aufmerksame Diakonie wie die christliche Frau, die der olle Christ und Jurist Tertullian (250 n. Chr.) erwähnt, die umhergeht und genau schaut, wo sie Not entdecken und in christlichem Geist der Nächstenliebe helfen kann. Wahrscheinlich hieß sie schon Diakonia, hat doch eine weibliche Endung.

Und dann im Jahrbuch die Statistik von Dr. Wolfgang Schmitt. Wer Statistiken gerne liest, wird daran seine Freude haben und sich so richtig laben an den satten und beeindruckenden diakonischen Zahlen. Was sind wir doch für eine große und wichtige Institution des Sozialstaats! Balsam auf die vom Bedeutungsverlust des christlichen Glaubens gebeutelte Theologenseele. Und das alles nicht nur so als soziale Dienstleistung,

die eben gemacht werden muss in einem ausdifferenzierten europäischen Wohlfahrtssystem, sondern auch noch so gediegen christlich begründet. Diakonie ist eben mehr als eine normale Dienstleistung mit einer unbestimmten Hilfemotivation und ausgewiesener Profession. Wie hatte Luhmann doch unrecht, als er vor 25 Jahren schrieb: „Mit dem Pathos des Helfens ist es vorbei.“ Ist es eben nicht, jedenfalls nicht in der Diakonie. Da sind die pathetischen Begründungen noch immer im Schwange. „Keiner soll verloren gehen. Ungeheurer Aufbruch.“ Was der alte Wichern konnte, retten, das kann ein Präsident des Diakonischen Werkes der EKD schon lange. Klang ihnen das jetzt ein bisschen nach Kabarett, so war das nicht beabsichtigt.

Ich will das noch einmal am Beispiel meiner Institution, des Rauhen Hauses, verdeutlichen. Das Rauhe Haus mit seinen etwa 1.000 Mitarbeitenden ist ein mittleres diakonisches Unternehmen, es hat sechs Abteilungen/Arbeitsbereiche, Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Altenhilfe und Sozialpsychiatrie, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit, Altenpflegeschule und Wichernschule.

Eine direkte Armutsorientierung im Sinne Fleßas gibt es in keiner dieser Einrichtungen. Der Bereich, der dem Ziel, Armen in ihrer Vulnerabilität zu helfen, am ehesten dient, ist die Kinder- und Jugendhilfe. Historisch gesehen ist es die Kernkompetenz des Rauhen Hauses, das als Rettungshaus begonnen hat und hier beispielgebend wirkte bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts; damals wurden im Rauhen Haus zuerst dezentralisierte Jugendwohnungen eingerichtet. Gerade dieser Bereich ist aber inzwischen so säkularisiert, dass ein evangelisches Profil hier überhaupt nicht mehr zu erkennen ist. Armutsorientierte Ansätze hat das Rauhe Haus aufgegeben, als der Staat sie nicht mehr refinanzierte (so zum Beispiel die Jugendwohnungen für Migrant*innen-Jugendliche ohne Bleiberecht).

Eine Gästewohnung für illegale Flüchtlinge, wie sie der Kirchenkreis Stormarn zusammen mit Flüchtlingsgruppen betreibt, wäre im Rauhen Haus undenkbar. Ich habe mal mein Zimmer einem untergetauchten Flüchtling mit Zustimmung des Kollegiums zur Verfügung gestellt, kurz nach der Veränderung des Asylgesetzes, davon durfte der Vorsteher natür-

lich nichts wissen. Die Konviktsmeisterin der Schwestern- und Bruderschaft, zunächst dabei, machte schnell einen Rückzieher. Und auch die Kollegen sagten schließlich, das sei ja nur Symbolik, um das schlechte Gewissen zu befriedigen. In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen, auch auf dem Gelände des Rauhen Hauses, für Flüchtlinge aber darf es keine geben, letztlich wegen der Zusammenarbeit mit dem Staat.

In von Armut bestimmten Stadtteilen beteiligt sich die Familienhilfe des Rauhen Hauses an Projekten, die kulturelle Ausgrenzungen mildern sollen, das ist aber nicht diakonisch Besonderes, sondern Beteiligung an behördlich initiierten Reformen.

Die Behindertenwohnungen und Treffpunkte auf dem Gelände und in Hamburg, kulturelle Projekte wie das Behindertentheater Klabauter mit eigener Bühne inzwischen – alles vorbildliche Einrichtungen, indirekt armutsorientiert, weil Behinderte materiell nicht gut ausgestattet sind.

Das Alten- und Pflegeheim Haus Weinberg ist vorbildlich in der Bewohnerpartizipation und in der Entwicklung von Kurzzeitpflege. Sterbebegleitung wird jetzt auch angeboten, alles Angebote, die aber nicht in der Diakonie selbst entstanden sind. In keiner Schule in Horn und Hamm gibt es so wenig Kinder mit Migrationshintergrund wie an der Wichernschule, sie ist Schule für die christlich orientierte Mittelschicht mit kreativem Musikzweig, Theatervielfalt und so weiter. Das darf ja auch sein, nur, wie gesagt, modellhaft armutsorientiert ist das eben nicht. Unsere Fachhochschule war schon fast von der Kirche aufgegeben, da hat die finanzielle Treue des Staates sie weitgehend gerettet, ohne Großzügigkeit der Kirche zu provozieren. Von den anderen Hochschulen in Hamburg mussten wir höhere Studiengebühren erheben, um zu überleben. Studium nur noch für Reiche, protestierten die Studentenvertreter. Das war zwar schrecklich überzogen, aber auch verständlich.

Ich erwähne das, um zu zeigen, wie die diakonische Selbsterhaltung auf dem Sozialmarkt gelegentlich zum entscheidenden Kriterium diakonischer Arbeit werden kann. Das ist ja auch nicht verwerflich, son-

dern im Interesse der Beschäftigten, der Klienten und aus Achtung vor der Tradition geboten. Hätten wir nur nicht unsere anspruchsvolle Theologie mit der Option für die Armen und das ganz besondere Eintreten für die Menschen als Ebenbilder Gottes, das nach biblischer Tradition durch Armut beschädigt wird. Die Stiftung Alsterdorf, vor 15 Jahren fast bankrott und durch den Staat gerettet, stellt sich ja jetzt als Avantgarde der dezentralisierten Behindertenarbeit öffentlich dar. Kürzlich erhielt ich eine Einladung, weil irgendein Starkoch (er heißt Josef Viehauser) in dem Restaurant Kesselhaus der Stiftung anlässlich des vierjährigen Jubiläums der Öffnung des Stiftungsgeländes seine Künste darbietet. Alles in Ordnung, man muss heute werbewirksam die Trommel rühren, seine Besonderheit inszenieren. Und doch ein bisschen peinlich. Als kreativ expandierende diakonische Unternehmer verstehen sich die Vorsteher und Direktoren. Sie treffen sich in einer Art Rotary-Club. Sollen sie doch. Aber es erzeugt eine gewisse Heuchelei, auf die Michael Klessmann in einem Aufsatz vor 15 Jahren schon mal hingewiesen hat: es geht darum, angesichts der großen theologischen Sätze den eigenen Schatten wahrnehmen.²² „Aufbrechen – keiner darf verloren gehen“ heißt der letzte Rechenschaftsbericht von Jürgen Gohde, eingeleitet von der Kafka-Erzählung Aufbruch. Hängen wir es also tiefer.

Stadtteilorientierung – anmutige Praxis der Liebesgaben stadtteildiakonisch

Ich stehe zu jener bescheidenen Rolle der sozialen Arbeit, die darin liegt, die soziale Ungleichheit erträglich zu machen, nicht sie abzuschaffen. Das können wir nicht oder genauer gesagt, wir können es nur in jenem transformativen Sinn, der in allem gemeinschaftlichen menschlichen Handeln zum Besseren liegt. Hier entfaltet sich jene Macht, von der Hannah Arendt so gewinnend spricht. „Macht ist die Fähigkeit sich mit anderen zusammen zu schließen und im Einverständnis mit ihnen zu handeln.“ Für ein gemeinsames Drittes, das dann in besseren Gesetzen

²² Michael Klessmann, Von der Annahme der Schatten. Diakonie zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In Schibilsky, Michael (Hrsg.), 1991: Kursbuch Diakonie, S. 113ff

und eventuell einmal später in einer anderen Gesellschaft Gestalt gewinnen kann

Eine wichtige Umsetzung ist die Beteiligung an Stadtentwicklung als politische Diakonie von Kirchengemeinden und Diakonieträgern im Nahbereich. Die sogenannte Individualisierungsthese stimmt nur begrenzt. Flexibilität wird zwar von allen Arbeitnehmern gefordert, sie ist aber nur von einem Teil einlösbar. Die Mieten in den besseren Stadtteilen sind für bestimmte Einkommensgruppen nicht mehr bezahlbar. Sie müssen in ihren Quartieren bleiben oder in schlechtere ziehen. So entsteht eine innerstädtische Segregation zwischen besser gestellten und armen Stadtteilen. Darauf reagierte Stadtentwicklungspolitik (zuerst Armutsbekämpfung genannt) seit 10 bis 15 Jahren, daran sind Kirchengemeinden viel zu wenig beteiligt. In vielen benachteiligten Quartieren sind durch diese Programme hilfreiche, vor allem die Wohnsituation und Lebensqualität betreffende Verbesserungen erreicht worden. Sanierungen und Revitalisierungen haben sie freundlicher, menschlicher, kommunikativer gemacht. Pförtnerlogen wirken der Verslumung entgegen. Schöne Spielplätze wurden gebaut. Treffpunkte, Läden, Werkstätten, Cafés sind hoffnungsvolle Ansätze für eine sich ausbreitende Gemeinwesenökonomie. Der dritte Sektor belebt sich, auch wenn das Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze kaum oder gar nicht erreicht wurde. Die Ressourcenaktivierung bei den Bewohnern hat begrenzte Erfolge gezeitigt. Menschen, die sonst abwarten oder resignieren, engagieren sich in Planungsprozessen und Beiräten. Eine qualitative Veränderung durch Stadtentwicklung ist aber bislang nicht erreicht worden, sie ist mehr als symbolisch und doch nicht ausreichend real. Es dominiert weiter die Standort-Wirtschaftspolitik in der Hoffnung, für die Stadtteile fällt nicht genug ab.

So ist aber die neue Armut stadtteilgebunden. Die kulturelle und soziale Ausgrenzung beginnt im Stadtteil und hier wäre ihr zu begegnen. Kirchengemeinden sind auf neue Weise gefordert, wenn sie in relativer Nähe zum Zentrum oder zu Subzentren, zum Beispiel als Anlaufstellen für Obdachlose wieder wichtig werden. Die Kirchenküchen und Tafeln zeigen das oder das Winternotprogramm für Woh-

nungslose mit den Containern vor verschiedenen Hamburger Kirchengemeinden.

Neben solcher Nothilfe ist vor allem die Beteiligung an mittelfristiger sozialer Stadtentwicklung, auch Quartiersmanagement genannt, wichtig für die neu gebildeten Großgemeinden. Dafür brauchen sie aber auch Fachleute, zum Beispiel den gemeinwesenorientiert und gemeinwesenökonomisch ausgebildeten Diakon und Sozialarbeiter. Zu erinnern ist an die Gleichrangigkeit von Wort und Tat, wie es diakonische Theologie beschreibt. Wie steht es, wenn auch die letzten Diakonenstellen verschwunden sind? Geschieht die sozialdiakonische Arbeit dann nur noch ehrenamtlich? Sicher – eine Armenspeisung kann von Ehrenamtlichen als allgemeines Diakonat aller Gläubigen realisiert werden. Sie bleibt aber ohne ein gemeinwesenorientiertes Konzept der Gemeindearbeit okkasionelle Barmherzigkeit. Gibt es dafür keine hauptamtlichen Stellen mehr, ist das ein Zeichen für den geringen Stellenwert von professioneller Gemeindediakonie. Die Regionalisierung ist kein wirklich neuer Schritt, wenn die Größe Diakonie neben Verkündigung, Seelsorge, Unterricht, Bildung und Musik bei der Vergabe hauptamtlicher Stellen unterrepräsentiert ist. Im Verhältnis zu der Reduzierung von Pastorenstellen ist die Einsparung von Mitarbeiterstellen im diakonisch-pädagogischen Bereich unverhältnismäßig hoch. Kirchen und Gemeinden müssen sich also überlegen, wie sie in einer weiter eindeutig pastoral bestimmten Kirche stärker das diakonische Element einbringen wollen. (Können Sozialdiakone aus andern Quellen finanziert werden?)

Gegenwärtig begrenzen viele Gemeinden ihre diakonische Tätigkeit auf Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit. Daneben haben sich aber in den letzten Jahren gemeinwesenorientierte diakonische Ansätze entwickelt, die entgegen dem Trend eine ganzheitliche Sichtweise auf den jeweiligen Stadtteil und seine Bewohner haben. Natürlich ist gegenwärtig die geistliche Verlebendigung der Gemeinden wichtig, die Konzentration auf die sogenannte Kernkompetenz (Zentren gelingender Kirchlichkeit, anmutige Missionspraxis, so Thies Gundlach). Ein angemessenes Verständnis von Gemeindeerneuerung muss aber auch diakonisch sein. Aus dem Handeln entsteht auch geistliches Potenzial. Das barmherzige Tun lässt

nach den spirituellen Quellen fragen, nach den alten Geschichten, so wie der Glaube an den barmherzigen Gott zum Handeln drängt. Die Gnade drängt zum Teilen, zu einer anmutigen Ökonomie der Gaben (2 Kor. 8/9) Die Liebe gehört mir wie der Glaube, das ist immer noch wahr und das ist politisch, insofern es das Beste der Polis sucht. Der frühere Stadtmissionar ist heute ein Stadtteildiakon. Er versteht sich auch als Teil des politischen Gemeinwesens bei ihrer Reise durch die Zeit in theozentrischer Endlichkeit. Das himmlische Jerusalem soll schon hier aufleuchten, in der Eucharistie und in gerechten Institutionen und gelingendem Leben.

Deswegen wie gesagt eine ganzheitliche Sichtweise auf den Stadtteil soweit es machbar ist. Bündnisse vor Ort. Brückenfunktion zwischen vorhandenen sozialen Diensten und den gemeindenahen Bewohnern inner- und außerhalb der Gemeinde. Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung zusammen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Konkrete Hilfestellung für den Nächsten und Einmischung von Kirche in die sozialen und politischen Bedingungen, die den Rahmen für die Alltagssituation der Menschen im Stadtteil bilden. Brot für den Hungerigen, Beratung wegen Hartz IV ist Arbeit im Vorletzten und Wegbereitung der Gnade. Das ganz profane Soziale „ist zwar keine Kategorie des Reiches Gottes, aber eine seines leisesten Nahens.“ (Walter Benjamin).

Nachbemerkung: Allgemeine soziale Arbeit als gemeinsame Aufgabe von Kirchengemeinde und kreiskirchlicher Diakonie.

In Hamburg haben wir den Ansatz allgemeiner Sozialarbeit mit dem der Gemeinwesenorientierung und Stadtteildiakonie zu verbinden versucht. Es ist zugleich eine Verbindung von Gemeindediakonie und fachlicher Arbeit. In den Gemeinden entwickelten sich in den letzten zehn Jahren verschiedene Angebote für die Armutsbevölkerung – von sozialer Beratung älterer Menschen und Arbeitsloser über Mittagstische, Kleiderkammern, Wohnungslosenhilfe bis zur Arbeit mit Migrant*innen (Schularbeitshilfe, Sprachkurse, Behördengänge). Die Gemeinden kamen über diese Arbeit in Kontakt mit anderen

■ Selbstkritische Anfragen an die Diakonie im gegenwärtigen Umbau des Sozialstaates

Trägern sozialer Arbeit. Sie entwickelten eine ganzheitlichere Sicht auf den Stadtteil, entdeckten gleichzeitig mit den Stadtentwicklungsprogrammen, dass Aktivierung benachteiligter Menschen eine durchaus evangelische Form des Empowerment sein kann. Die Träger dieser Arbeit wurden vom Diakonischen Werk Hamburg und von der Evangelischen Fachhochschule zum Austausch über ihre Erfahrungen eingeladen, zu sogenannten Workshops Stadtteildiakonie.²³ Einerseits gibt es die Stellen für Sozialberatung seitens der Diakonie. Andererseits: Eine erste Stelle für Stadtteildiakonie wurde dank einer glücklichen finanziellen Konstellation vor zehn Jahren in Hamburg-Heimfeld eingerichtet, wo arbeitslose Männer den Kirchenvorplatz besetzt hatten. Fünf Jahre später folgte eine zweite Stelle in Hamburg-Lurup.

So kam in einigen Gemeinden so etwas wie eine diakonische Gemeindeerneuerung zustande, die auch

23 Dazu liegen zwei Dokumentationen vor, anzufordern beim Diakonischen Werk Hamburg sowie eine Aufgabenbeschreibung Stadtteildiakon/Stadtteildiakonin in der Region

der spirituellen Gemeindebelebung diene. Mit einer mit fachlich-diakonischer Unterstützung aufgebauten Stadtteildiakonie stellt sich die Kirchengemeinde den sozialen Fragen, die die Menschen in ihrem Lebensalltag vor Ort bewegen. Die mittelschichtorientierten Gemeinden nehmen verdeckte soziale Not neu wahr. Es kommt zum Aufbrechen der Milieugrenzen. Kirche wird für eher kirchlich distanzierte Menschen wieder direkter erfahrbar.²⁴

Stadtteildiakonie ist konkrete Hilfestellung für Einzelne in schwierigen Lebenssituationen und zugleich Einmischung von Kirche und Diakonie in soziale Rahmenbedingungen. Stadtteildiakonie übernimmt nicht sozialstaatliche Pflichtaufgaben, sondern eine wichtige Vermittlungsfunktion. Sie handelt anwaltschaftlich. Sie kann denen Hilfestellung geben, die offizielle Kontakte zu staatlichen Stellen meiden müssen.

24 Das zeigt die empirische Untersuchung über Kirchengemeinden mit Armutsprojekten von Grosse, Heinrich W., Wenn wir die Armen unser Herz finden lassen. In epd-Dokumentation 34/2007

Hans Seydel

Ergebnisse und Inhalte

Seit es christliche Gemeinden gibt, gehört das Pflegen von Kranken, das Versorgen von Armen, das Besuchen von Gefangenen und das Speisen von Hungernden zu deren Grundaufgaben. In hungernden, unterversorgten Menschen begegnet uns Christus gemäß seinem Wort: „Was ihr für einen meiner geringsten Schwestern und Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Matthäus 25,40). Auf der Basis dieses Grundauftrags gelten für diakonische Tafelarbeit besondere Ansprüche.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe spiegelte durchgängig die Ambivalenz der Tafelarbeit wider. So ist die Frage, ob Tafelarbeit Chance oder Risiko für die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie darstellt, eindeutig mit „sowohl als auch“ zu beantworten.

Einschätzungen und Ansprüche zu dem Phänomen „Tafel“ sind in den folgenden drei Blöcken formuliert. Im vierten Block sind Chancen und Risiken zusammengefasst.

I. Einschätzung des Phänomens „Tafel“

- Die Existenz von Tafeln dokumentiert einen sozialpolitischen Skandal.
- Tafeln können individuell eine Unterstützung zur Lebensbewältigung leisten, Armut nachhaltig beseitigen können sie nicht.
- Tafeln ermöglichen auch „kirchenfernen“ Menschen freiwilliges/ehrenamtliches Engagement.
- Die Tafeln reagieren auf zwei gesellschaftliche Missstände:
 - eine unzureichende staatliche Daseinsvorsorge
 - eine Überproduktion von Tausenden Tonnen nicht absetzbarer Lebensmittel.

II. Die Tafel in der Arbeit der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie und diakonische Ansprüche

- Das Management einer Tafel ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe.

- Tafeln in diakonischer Trägerschaft brauchen eine Perspektive, die über das reine Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln hinausweist.
- Diese Perspektive besteht neben der Versorgung in
 - Maßnahmen sozialer Inklusion (zum Beispiel Begegnung)
 - Vernetzung mit anderen Diensten (wie Beratung)
 - sozialpolitische Anwaltschaft und Einflussnahme

III. Voraussetzungen diakonischer Tafelarbeit

Konstitutives Element der Tafelarbeit sind die ehrenamtlichen/ freiwilligen Tafelmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

- Diese haben ein Anrecht auf bestmögliche Begleitung und Unterstützung (vergleiche Freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie).
- Für die verantwortliche Realisierung dieser Aufgaben ist hauptamtliches Personal und eine sachgerechte Ausstattung unabdingbar.

IV. Chancen und Risiken auf einen Blick

- Chancen
 - + Kontakt- und Kommunikationsangebot
 - + Begleitende Hilfen und Angebote (optimierter Zugang + Bekanntheit)
 - + Unmittelbarkeit der Hilfe
 - + Ausgangspunkt für sozialpolitische Einflussnahme
 - + Sichtbarmachen von Armut
- Risiken
 - Zementierung sozialpolitischer Missstände
 - Potenzielle Gefahr des Missbrauchs zur Selbstdarstellung
 - Mangel an Lebensmitteln in der Folge von technischer Innovation und verbesserter Logistik

Ulrich Baumann

Tafelarbeit

Thesen und Fragestellungen zur Diskussion über Tafelarbeit:

- Die Debatte zur Effizienz von Lebensmittelrückverteilung ist verbunden mit Fragen danach, ob die Abgabe von Lebensmitteln eher (Ernährungs-) Armut perpetuiert, anstatt ein „empowerment“ der Bedürftigen zu ermöglichen und langfristige Lösungen des Armutsproblems zu unterstützen. Befürworter sehen Lebensmittelrückverteilung als win-win-Situation, nämlich Menschen in Not zu ernähren und zugleich Abfall zu vermeiden im Sinne eines sozialen Wertstofftransfers. Kritiker argumentieren demgegenüber, dass Ernährungsarmut eine völlig andere Themenstellung als Abfallvermeidung sei.

Gibt es einen moralischen oder praktischen Imperativ, überschüssige Lebensmittel aufzubewahren – zum Beispiel in EU-Lagern – während Menschen in Not sind?

Und lassen sich die beiden Themen zusammenführen, um eine praktikable Lösung für zwei Probleme zu bieten oder sollten sie separat behandelt werden?

- Ist es besser, überschüssige Lebensmittel dazu zu verwenden, die Situation Bedürftiger abzumildern und gleichzeitig langfristige Lösungen des Problems zu suchen?

Oder sollten solche Schemata vermieden werden, weil auf lange Sicht einmal etablierte Rückverteilungsstrukturen problematisch werden, da sie schwierig rückholbar sind, wenn Menschen erst abhängig von ihnen sind?

- Unterminiert Tafelarbeit nicht das eigene Handlungselement der Hilfe in Not, indem das öffentliche und politische Interesse von der Notwendigkeit langfristiger Reformen der strukturellen Ursachen von Armut und Deprivation abgelenkt wird?

Oder rückt Tafelarbeit die Probleme tatsächlich in den Vordergrund, um Verantwortliche zu Aktionen und Veränderung zu bewegen?

Sind Rückverteilungsstrukturen wie die Tafeln tatsächlich in einer starken Position, um die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Ursachen zu lenken?

Lebensmittelrückverteilung basiert (überwiegend) auf privaten Strukturen: Die Frage ist, ob diese nicht das soziale Netz öffentlicher Wohlfahrtspflege aufweichen, indem sie es partiell und unwillentlich ersetzen und damit politischen Ansätzen in die Hände spielen, die (weitere) Mittel in diesem öffentlichen Sektor einsparen wollen?

Oder ist die Lebensmittelrückverteilung ein unbürokratischer Weg, um jenen zu helfen, die durch die Maschen des sozialen Netzes rutschen? Etwa auch für jene, die – obwohl anspruchsberechtigt – keinen Antrag ALG II oder Sozialhilfe stellen?

Wenn Verteilungsstrukturen einmal existieren, sollten lokale Institutionen/Kommunen – im Unterschied zu privaten Wohltätigkeitsorganisationen – sie als Teil ihrer Wohlfahrtspolitik betreiben?

- Überschüssige Lebensmittel werden überwiegend unmittelbar verteilt oder abgegeben:

Verhindert diese Praxis nicht Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung durch kommunale Programme? Wäre es nicht besser, aufgewendete Mittel für die Lebensmittelrückverteilung an Selbsthilfestrukturen in der Gesellschaft für die Bedürftigen umzuleiten? Oder könnten überschüssige Lebensmittel genutzt werden als Teil gesellschaftlicher Nahrungsmittelinitiativen, wie etwa Koch-Kurse und anderes?

Lässt sich in der Debatte um Verteilung versus Selbsthilfe etwas aus der Analyse der Lebensmittelhilfe für arme Länder lernen?

- Es bietet Lebensmittelhändlern/-discountern Vorteile, überschüssige Lebensmittel zu spenden. Was sind die Motive und Ziele, wenn Händler ihre Überschüsse spenden?

Materielle/finanzielle Vorteile (zum Beispiel durch eingesparte Abfallgebühren: 500 Euro/Ton-

■ Arbeitsgruppe 1: Tafelarbeit – Handlungschance oder Risiko?

ne) und immaterielle/ideelle Vorteile in Form von Imagegewinn oder ein rationaler und sachkundiger Beitrag zu Problemen der Deprivation und als Anerkennung der Tafelarbeit?

Wieso haben die Händler eigentlich immer noch so viel überschüssige Ware?

Wenn die Spender diese Überschüsse bereits in die Preise für die Konsumenten eingerechnet haben, sind sie dann wirklich Teil der Lösung oder Teil des Problems?

- Es existieren viele unterschiedliche Wege, überschüssige Lebensmittel rückzuverteilen. Sind bestimmte Vorgehensweisen dabei besser als andere? Sollten bestimmte Strukturen ermuntert/ermutigt und unterstützt werden, die das Potenzial

haben, zum Beispiel die Nahrungsaufnahme der Rezipienten auf der lokalen Ebene zu erhöhen und zu verbessern – und damit gegen andere, zum Beispiel nationale Strukturen zu argumentieren, die kein spezielles Verständnis von Gesundheits- und (Unter)Ernährungsaspekten aufweisen?

Wie könnte oder sollte der Ertrag aus unterschiedlichen Vorgehensweisen evaluiert werden?

- Sind schlussendlich Argumente gegen die Rückverteilung überschüssiger Lebensmittel zugleich auch Argumente gegen jede Art von wohltätiger Abgabe von Lebensmitteln, seien es Überschüsse oder nicht? Wie beeinflusst der Überschusscharakter der Nahrungsmittel den Charakter der Debatte?

Matthias Pohl

Die Tafeln in Trägerschaft des Diakonischen Werkes im Schwalm-Eder-Kreis

- Projektstart: Frühjahr 2004
 - Vier Tafeln im Schwalm-Eder-Kreis: Fritzlarer Tafel, Homberger Tafel, Melsunger Tafel, „Schwälmmer Tafel“
Alle vier Tafeln sind Mitglied im Bundesverband Tafel e.V., Berlin
(Stand Juli 2007: 706 Tafeln bundesweit!)
 - Die vier „Gründungsteams“ (später „Leitungsteams“ genannt) in den Regionen erarbeiten Konzepte für „Kalte Tafeln“: Warenumschat/Lagerung verpackter Lebensmittel, Obst, Gemüse, Brot- und Backwaren.
 - Dazu waren notwendig: Ladenlokal, Fahrzeug, Spendenaquise: (Geld, Personal [Ehrenamtliche], Sachspenden, Arbeitsleistung, Lebensmittel)
 - Zur Zeit arbeiten in den vier Tafeln etwa 250 Ehrenamtliche im Fahrdienst, im Sortierdienst und im Ausgabedienst
 - Menschen erhalten Lebensmittel aus der Tafel, weil sie folgende Leistungen erhalten:
 - SGB II / ALG II
 - SGB XII
 - AsylbewLG
 - geringe Rente
 - Die Abholung der Waren erfolgt 14-tägig mit einer „Berechtigungskarte“
 - Pro erwachsener Person in der Haushaltsgemeinschaft zahlen die Abholer einen Euro.
Es werden den Berechtigten konkrete Abholzeiten zugewiesen,
 - um die Ehrenamtlichen bei der Warenausgabe und -verteilung nicht zu überfordern und
 - um keinen Neid der Berechtigten untereinander aufkommen zu lassen.
 - Pro Viertelstunde sind vier Abholer eingeplant, pro Ausgabetag (14.00 bis 17.00 Uhr), also 48 Personen. Ausgabetermine sind Dienstag und Donnerstag.
 - Aktuelle Zahlen unserer vier Tafeln (Stand 08/07)
 - Erwachsene: 1088
 - Kinder: 614
 - 1702 Menschen
 - Auf der Warteliste: 118 Personen
 - Problemanzeigen:
 - Ehrenamtlicher und gleichzeitig Kunde?
 - Gerechte Verteilung der Lebensmittel?
 - Legitimation des Leitungsteams?
 - Mitarbeitersteuerung?
 - Trägerschaft? (Kirchengemeinde, Diakonisches Werk versus Trägerverein)
 - Pflichten des Trägers gegenüber Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen?
- Tafelarbeit beziehungsweise ein Tafelprojekt (Ehrenamtlichenarbeit im Allgemeinen) erledigt sich nicht „mal nebenbei“, sondern bedarf professioneller hauptamtlicher Unterstützung! Die Ehrenamtlichen haben ein Anrecht darauf, die freiwillig angenommenen Tätigkeiten unter bestmöglichen Bedingungen und unter Wertschätzung ihrer Person und ihrer Arbeitsleistung durchzuführen!
- „Freiwilliges Engagement ist ein wichtiges Handlungsfeld, das klar strukturiert sein muss (Freiwilligenmanagement). Das setzt ausreichende Ressourcen, Kompetenzen und den Rückhalt in der jeweiligen Institution voraus. Daher ist Freiwilliges Engagement eine Herausforderung an die Leitung.“¹

¹ Diakonie Texte / Positionspapier / 11.2006: „Freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie“ Hrsg.: Diakonisches Werk der EKD e. V.

■ **Arbeitsgruppe 1: Tafelarbeit – Handlungschance oder Risiko?**

<p>Berechtigungskarte für die Melsunger Tafel</p> <p>Name: Anschrift:</p> <p>Personenzahl im Haushalt: Davon Kinder: Abholzeit: Datum, Unterschrift:</p>	<p>Erklärung</p> <p>Ich bin darüber belehrt worden, dass ich mich vor dem Verzehr der Lebensmittel, die ich von der „Melsunger Tafel“ bekomme, von deren Verwertbarkeit zu überzeugen habe.</p> <p>Ein Anspruch auf Umtausch oder Ersatz von Waren besteht nicht.</p> <p>Melsungen, den</p> <p>Unterschrift</p>
---	--

Rotraud Kießling

Ergebnisse und Inhalte

Das Diakonische Werk der EKD hat im Juni 2007 als Ergebnis einer Projektgruppe ein konzeptionelles Papier unter dem Titel: „Die Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell)“ veröffentlicht.

Mit diesem Text sollen Akteure in Kirche und Diakonie dazu ermuntert werden, gemeinde- und gemeinwesenbezogenes Denken und Handeln mehr als bisher zu praktizieren. Über die Möglichkeiten gemeinde- und gemeinwesenorientierter Ansätze im Hinblick auf verbesserte Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten benachteiligter Menschen erhalten Kirchengemeinden konkrete Impulse für Schritte auf dem Weg zu einer diakonischen Gemeinde und diakonische Einrichtungen Anregungen für ihre Profilbildung als kirchliches Werk.

Die Rahmenkonzeption der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie (ASAD) wird damit konkretisiert und ein gangbarer Weg für die soziale Arbeit aufgezeigt, um auch den Zielvorgaben im Strategiepapier der EKD „Kirche der Freiheit“ gemäß des 8. Leuchtfuers für die Diakonie zu entsprechen.

In der Arbeitsgruppe stellte zunächst ein Mitglied der Projektgruppe, Lars Eisert-Bagemihl, die im Konzeptpapier beschriebenen Eckpunkte vor und zeigte die Möglichkeiten für eine Umsetzung vor Ort auf. Anhand von drei konkreten Projekten wurde überprüft, inwieweit die Theorie in die Praxis umgesetzt werden kann. Für eine Umsetzung dieser Projekte wurden auch in anderen Regionen Impulse gegeben:

„Landshuter Armutskonferenz“, Johanna Behrens, Diakonisches Werk Landshut: Die „Landshuter Armutskonferenz – Forum für soziale Rechte“ ist ein Zusammenschluss von Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen aus den Beratungsdiensten der regionalen

Wohlfahrtsverbände. Ziel ist, das Thema Armut öffentlich zu machen, der Armut in und um Landshut ein Gesicht zu geben und die Lebensverhältnisse der sozial benachteiligten Menschen nachhaltig zu verbessern.

„Gemeindeintegration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern“, Winfried Ulrich, Diakonisches Werk Löbau-Zittau: Das Gemeindeaufbauprojekt will mit seinen Vorhaben vor allem die etwa 300 evangelischen Christen unter den Aussiedlern erreichen. Das Projekt will die Beheimatung im Glauben auch in der „neuen Heimat“ unterstützen und stärken und somit einen Beitrag zur Integration der Aussiedler in der Stadt Löbau leisten.

„Straßensozialarbeit Karlsruhe“, Manfred Kern, Diakonisches Werk Karlsruhe: „Straßensozialarbeit Karlsruhe“ ist ein niedrigschwelliges Kontakt- und Unterstützungsangebot für sozial Benachteiligte auf den öffentlichen Plätzen der Karlsruher Innenstadt. Das Projekt entstand auf Initiative einer Karlsruher Pfarrgemeinde und als Ergebnis eines extern moderierten Prozesses der Stadtteilentwicklung.

Die Arbeitsgruppe glied die dargestellte Theorie, wie sie im Projektpapier unterbreitet wird, mit der Praxis in Form der drei vorgestellten Projekte ab. Insbesondere wurde diskutiert, was einerseits gut läuft und sich bewährt hat und andererseits für eine Umsetzung noch notwendig wäre, was es zukünftig zu beachten gilt und was für eine Umsetzung noch fehlt. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgetragen:

- Was geht und sich bewährt hat
Erfahrungen in der Praxis sind vorhanden. Aktivitäten sind personenabhängig, dieses gilt es im positiven Sinne zu nutzen. Kirchliche Amtsträger und Schlüsselpersonen in der Diakonie spielen dabei eine besondere Rolle.

■ Arbeitsgruppe 2: Wie gemeinde- und gemeinwesenorientiert handeln?

Bewährt hat sich, wenn Gemeinde auf Diakonie sowie auch auf die Zielgruppe zugeht. Bewährt hat sich ebenso, wenn Diakonie offensiv auf Gemeinde zugeht. Dies kann auch in Form von Ausbildungsangeboten, Angeboten von Praktika sowie bei Neubesetzung einer Pfarrstelle geschehen.

■ Was notwendig ist und fehlt

Die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gemeinwesenarbeit ist zu schulen. Die Arbeit benötigt Rückendeckung durch die Geschäftsführungen. Die Strukturen sind verbindlicher und effektiver zu gestalten (Mandatsübertragung). Eine stärkere Beschäftigung mit religiöser Dimension (Rituale, Spiritualität) sollte angestrebt werden.

Es ist ausreichend Kapazität für diese Arbeit zu schaffen, damit zum Beispiel die Gemeinwesen-

arbeit nicht auf Kosten von Einzelfallhilfe geschieht. Letztere sichert den unverzichtbaren Bezug zur Basis. Finanzberatung für mögliche Refinanzierung der entstehenden Projekte wird benötigt, damit Nachhaltigkeit gesichert werden kann.

■ Fazit

Die vorgestellten Projekte entsprechen den Grundgedanken des „G2-Modells“. Bei wachsendem Bedarf ist die Ressource Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie wichtig, um konzeptionelle Antworten zu finden, Projekte zu entwickeln und sozialpolitisch Einfluss zu nehmen.

„G2“ ist nicht zuerst Konzept und Methodik, sondern eine Haltung – insbesondere des Trägers, aber auch der Mitarbeitenden.

Lars Eisert-Bagemihl

Die Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell) – Kurzzvorstellung der konzeptionellen Eckpunkte

Das Diakonische Werk der EKD hat im Rahmen seiner Projektarbeit ein Eckpunktepapier zur „Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell)“ erarbeitet.¹

Die folgende Auflistung enthält die wesentlichen Aussagen des Projektergebnisses:

- Ziel und Gliederung des Eckpunktepapiers
 - Ziel: Akteure der evangelischen Kirchen und ihrer Diakonie ermuntern, gemeinde- und gemeinwesenbezogenes Denken und Handeln mehr als bisher zu praktizieren
 - Gliederung:
 - Problemaufriss evangelischer Kirchen und ihrer Diakonie und einen kurzen Blick auf die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen
 - grundlegende theologische, sozialpolitische und sozialarbeiterische Aspekte zum Thema
 - Eckpunkte eines gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handlungsmodells (G2-Modell)
 - Handreichung zur Implementierung und Durchführung des G2-Modells
- Zentrale These: Gemeinwesenorientierung, so die Hypothese dieses Eckpunktepapiers, ist die zentrale Handlungsdimension für alle Akteure auf lokaler und regionaler Ebene zur Gestaltung und Verbesserung der Lebensverhältnisse durch, mit und für die Menschen vor Ort.
 - Gemeinwesenorientiertes Handeln schöpft dabei die Spielräume aus, die gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Rahmenbedingungen in den Sozialräumen eröffnen.
- Kirche und Diakonie in den gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen
 - Die evangelischen Kirchen und ihre Kirchengemeinden
 - Situation und Entwicklung mit Ambivalenz (Gemeindegliederzahle, Bedeutungsverlust, Orientierungssuche, neue Gemeindeformen, Finanzierungsprobleme)
 - Zum Verhältnis von Kirche und Diakonie
 - Diakonie ist Kirche, Kirche ist Diakonie
 - Notwendigkeit der Förderung des gegenseitigen Verständnisses
 - Neues Bewusstsein für wachsende soziale Not in den Kirchengemeinden
 - Gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen
 - Eigentliche Herausforderung für Kirche und Diakonie sind zunehmende soziale Verwerfung und Gerechtigkeitsprobleme (Erwerbsarbeit, Armut, Bevölkerungsentwicklung, Integration)
- Theologische Aspekte der Gemeinde- und Gemeinwesenorientierung
 - Der Mensch (Gottebenbildlichkeit, Würde, Gestalter und Bewahrer, Widerspruch und Gnade, Freiheit und Verantwortung)
 - Der Mensch in Beziehung (Doppelgebot der Liebe und der Anspruch ein menschliches Handeln)
 - Die Welt. Diakoniepräsident Klaus-Dieter K. Kottnik: „Weil der christliche Glaube darum weiß, dass Gottes Wahrheit für alle gilt, daher ist die Diakonie auch politisch. Sie möchte, dass sich Gottes Wahrheit für das Leben auch in gesellschaftlichen Handlungsweisen niederschlägt. Denn sie ist überzeugt: Nur so wird das Wohl der gesamten Gesellschaft gestärkt und verbessert.“
- Sozialpolitische und sozialarbeiterische Aspekte der Gemeinwesenorientierung

¹ erschienen im Juni 2007 in der Reihe Diakonie-Texte 09.2007

■ Arbeitsgruppe 2: Wie gemeinde- und gemeinwesenorientiert handeln?

- Grundlagen gemeinwesenorientierten Denkens und Handelns
 - Soziale Integration als zentrale Aufgabe
 - Soziale Arbeit ist Gemeinwesenarbeit
 - Der politische Kern der Gemeinwesenarbeit
 - Definition und Leitstandards
- Gemeinwesenarbeit als integrative sozialpolitische Handlungsstrategie
 - Gemeinwesenarbeit als Gestaltungsprinzip lokaler Sozialpolitik
 - Gemeinwesenarbeit als Schlüsselfunktion für eine nachhaltige soziale Stadtentwicklung
 - Anknüpfungspunkte für Gemeinwesenarbeit
 - Bearbeitung von Schlüssel-/Zukunftsthemen im Gemeinwesen
 - Entwicklung integrierter Handlungskonzepte/Umsetzung lokaler Aktionspläne
 - Stärkung einer „Politik mit dem Gemeinwesen“

Das Projektpapier benennt folgende konzeptionellen Eckpunkte des G2-Modells:

- Gemeinde- und Gemeinwesenorientierung als universelle Handlungsdimension in Kirche und Diakonie
 - Als gemeinsam geteilte, universale Handlungsdimension durchdringt Gemeinde- und Gemeinwesenorientierung die Menschen als auch die Organisationen und Kooperationsstrukturen
- Ziele des gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns in der Diakonie
 - Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Solidarität, Teilhabe, Beteiligung und gesellschaftliche Integration im lokalen Kontext
 - Kirchengemeinden und Diakonie profitieren voneinander
- Die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie als lokale Koordinierungsstelle im kirchlich-diakonischen Feld
 - Hohes Maß an Fachlichkeit
 - Vorhandene Aufgabenübertragung durch Diakoniesetze und Konzeptionen
 - Prinzip von Gemeinwesenarbeit und Rahmenkonzept stimmen in einigen wesentlichen und zur Zielerreichung notwendigen Aspekten überein
- Logische Fortentwicklung ihres Aufgabenprofils
- Überwiegend aus kirchlichen Eigenmitteln finanziert
- Vertrauensbasis (weitgehend nicht involviert in „Hilfe-Kontroll-Mandate“)
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden
- Konzeptionelle Ausdifferenzierung des gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie (doppelter Förderauftrag)
 - Rahmenkonzept verändern und ergänzen
 - Förderung der Diakonie der Gemeinden
 - Förderung des gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie
 - Netzwerkarbeit
 - Planung gemeinwesenorientierter Initiativen, Aktionen und Projekte
 - Projektarbeit
 - Moderationen und Mediationen im Gemeinwesen
 - Weiterer Ergänzungsbedarf
 - Arbeit mit freiwillig sozial Engagierten
 - Befähigung der Menschen zum Handeln in eigener Sache
 - Ressourcenbildung
 - Sozialpolitische Einmischung und anwaltschaftliche Interessenvertretung
- Gemeinde- und gemeinwesenbezogene Aufgaben der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie
 - Zwei Kernaufgaben der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie
 - Zielgruppenübergreifende für Einzelne in sozialen Notlagen
 - Gemeinwesen- und gemeindeorientiertes Handeln
 - Zwei Kernaufgaben beim gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handeln
 - Förderung der Diakonie der Gemeinden (erster Förderauftrag)
 - Förderung des gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der sozialen Dienste und Einrichtungen der Diakonie (zweiter Förderauftrag)
- Konzeptionelle Essentials
 - Arbeit mit freiwillig sozial Engagierten

■ Arbeitsgruppe 2: Wie gemeinde- und gemeinwesenorientiert handeln?

- Befähigung der Menschen zum Handeln in eigener Sache
 - Ressourcenmobilisierung
 - Sozialpolitische Einmischung und anwaltliche Interessenvertretung
 - Die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie als intermediäre Instanz
 - Basale Gemeinde- und Gemeinwesenarbeit (G2-Basisarbeit)
 - Wenn die Gemeinde- und Gemeinwesenorientierung das zentrale Mittel zur Gestaltung des sozialen vor Ort darstellt, dann muss sich dies in den Strukturen und dem alltäglichen Handeln der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie entsprechend abbilden. Mit der konzeptionellen Verankerung der gemeinde- und gemeinwesenorientierten Koordinierungsfunktion bei der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie wird ein Mindestsockel an basaler Gemeinde- und Gemeinwesenarbeit im kirchlich-diakonischen Bereich abgesichert.
 - Finanzierung aus kirchlichen Eigenmitteln
 - Das heißt personelle Kontinuität und strukturelle Kontinuität (Mindestsockel)
 - Projektbezogene Gemeinde- und Gemeinwesenarbeit (G2-Projektarbeit)
 - Über den Mindestsockel hinaus und als notwendige Ergänzung projektbezogene Gemeinde- und Gemeinwesenarbeit
 - Finanzierung aus Fremdmitteln
- Gemeinde- und gemeinwesenorientiertes Handeln ist zunächst eine Haltung, aber auch ein Konzept mit einer spezifischen Methodik!

Johanna Behrens

Der Armut ein Gesicht geben. Die Landshuter Armutskonferenz

Informationen zur Landshuter Armutskonferenz

Daten Stadt Landshut

Einwohner

Stadt Landshut: 62.015 (Stand: 13.12.2006)

Landkreis Landshut: 147.990 (Stand: 31.12.2006)

Arbeitslosenquote: 5,5 % Stadt Landshut
2,7 % Landkreis Landshut

	Stadt	Landkreis
Arbeitslosenzahl	2.808	2.119
SGB III	585	1.248
SGB II	1.223	871
Bedarfsgemeinschaften	2.015	1.492
Leistungsempfänger	3.605	3.089

■ Mitglieder der Landshuter Armutskonferenz – Forum für soziale Rechte:

- Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Landshut e.V.
- Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverb. Landshut
- Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Landshut e.V.
- Evangelisches Dekanat Landshut
- Haus International Landshut, Verband für interkulturelle Bildung, Begegnung und Beratung e.V.
- Katholische Jugendfürsorge e.V. Landshut
- Landshuter Netzwerk e.V.
- Landshuter Tafel in der Diakonie Landshut
- Mit Leib und Seele Ihre Diakonie Landshut¹

■ Diese Organisationen vertreten die Bereiche

- Allgemeine Sozialberatung
- Frauenhaus
- Schwangerenberatung
- Offene Behindertenarbeit
- Fachberatung für psychisch kranke Erwachsene
- Dachberatung für Ausländer, Flüchtlinge / Migrationsdienst
- Krankenhaussozialdienst
- Jugendarbeit

¹ Logo der Diakonie Landshut

- Schulsozialarbeit
- Seelsorger (Dekan)

- Runder Tisch von Sozialpädagoginnen/-pädagogen und Mitarbeitenden aus Beratungsdiensten der regionalen Wohlfahrtsverbände mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensverhältnisse von sozial benachteiligten Menschen in Stadt und Landkreis Landshut.

■ Intention des Runden Tisches

- Informationsfluss
- Erfahrungsaustausch
- Ressourcen erkennen
- Bedarf ermitteln
- Netzwerkarbeit
- Der Armut ein Gesicht geben

■ Schwerpunktthemen

- Lage am Wohnungsmarkt in und um Landshut
- Vorstellung der Landshuter Armutskonferenz bei den Kommunalwahlen im Juli 2004
- Landshuter Tafel
- Sozialpass der Stadt Landshut
- Umsetzung „Hartz IV“
- Stromschulden / Stromsperren
- Justizvollzugsanstalt Neubau
- Bildung und ALG II / Schultütenaktion
- Öffentlichkeitsarbeit
- Lokales Bündnis für Familien / Armutsprävention
- Fachtagungen (zum Beispiel berufliche Chancen für Jugendliche im Abseits)

Kontakt und Ansprechpartnerin:

Johanna Behrens, Dipl. Soz.-Päd. (FH)

Diakonisches Werk Landshut

Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit

Gabelsberger Straße 46, 84034 Landshut

Telefon: 0871 / 609-206, Telefax: 0871 / 609-333

E-Mail: jbehrens@diakonie-landshut.de

Manfred Kern

Straßensozialarbeit Karlsruhe

Konzept

Sozial und materiell benachteiligte Menschen leben nicht immer in nicht sichtbarer sogenannter „verdeckter Armut“. Sie sind vielmehr an öffentlichen Plätzen anzutreffen. Die Straßensozialarbeit des Diakonievereins Karlsruhe ist ein Projekt, das sich genau um diesen Personenkreis kümmert.

Zielgruppen

sind sozial und materiell benachteiligte Menschen und Gruppen, deren überwiegender Lebensort die Straßen und Plätze der Karlsruher Innenstadt sind. Und zwar insbesondere jene, die von anderen sozialen Einrichtungen und Angeboten nicht oder nur unzureichend erreicht werden.

Ziele

Auch diese Menschen verfügen über Ressourcen, die eine berufliche Tätigkeit und damit finanzielle Eigenständigkeit ermöglichen. Um diese Ressourcen zu fördern wird für diese besonders benachteiligte Zielgruppe ein Basisqualifizierungsangebot gemacht:

- **Soziale Kohäsion und Anbindung ans Hilfesystem**
In einem ersten Schritt wird es darum gehen, den Prozess der sozialen, psychischen und physischen Verelendung zu unterbrechen. Es muss dafür gesorgt werden, die vitalen Grundbedürfnisse zu befriedigen und die Menschen ins bestehende Hilfesystem zu integrieren.
- **Soziale Integration und berufliche Integration**
Über die Stabilisierung und Verbesserung der Lebenssituation sollen verlogene geglaubte Fähigkeiten und Fertigkeiten wieder entdeckt, erhalten und gefördert werden. Langfristig soll durch die Beschäftigung, Qualifizierung und sozialpädagogische

betreuung wieder eine Perspektive am ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden.

Die Leistungsmodule



- **Aufsuchende Arbeit als niedrigschwelliges Kontakt- und Unterstützungsangebot**
- **Beratung als individuelles Hilfsangebot zur Überwindung akuter Notlagen sowie zur Entwicklung von Lebensperspektiven**
- **Arbeitserprobung zur niedrigschwelligen, flexiblen Heranführung an tagesstrukturierende Tätigkeiten**
- **Service-Team: Beschäftigung und Qualifizierung in Arbeitsgelegenheiten gemäß SGB II**
- **Vermittlung und Begleitung in externe Maßnahmen: Durch die abgestuften Module sollen Hemmnisse überwunden werden, die der Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt entgegen stehen. Mittel- und langfristig kann damit ein bisher von Erwerbsarbeit ausgegrenzter Personenkreis einen kleinen Schritt auf dem Weg der Re-Integration ins Arbeitsleben gehen.**

Wegen der starken Gemeinwesenorientierung partizipieren die Zielgruppen an Entwicklungsprozessen sowie am Alltagsgeschehen im Stadtteil. Im Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden Vorurteile abgebaut. Die Menschen erfahren eine Stärkung des Selbstwertgefühls, weil sie Lob, Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit in ihrem Lebensumfeld bekommen.

Fazit

Das bisherige Einsatzgebiet der Straßensozialarbeit war auf die Südstadt beschränkt. Das Projekt wurde 2003 ins Leben gerufen und sollte insbesondere zu einer Lösung der Situation am Werderplatz beitragen. In den zurückliegenden Jahren konnten mit diesem Konzept und den dargestellten Leistungsmodulen beachtliche Erfolge erzielt werden. Viele der Nutzer des Werderplatzes begannen (wieder) mit der selbstbestimmten Gestaltung der eigenen Lebensumstände, artikulierten ihre Interessen und gingen erste Schritte hin zu einer umfassenden sozialen und beruflichen Integration. Durch Beratung/Begleitung/Unterstützung des Streetworkers schafften es viele Betroffene, neue Perspektiven zu entwickeln und persönliche Alternativen zum täglichen (konfliktreichen) Leben im öffentlichen Raum zu entdecken. Neben diesen erwünschten Folgen für den Einzelnen waren auch deutliche positive Auswirkungen auf das Gemeinwesen sichtbar. Die bisherige Arbeit im Projekt hat gezeigt, dass mit dem dargestellten Konzept eines niedrigschwelligen Kontakt- und Unterstützungsangebots am Werderplatz ein wichtiger Beitrag zur Entspannung und Befriedung im Stadtteil geleistet werden kann. Für Beschwerden über Regelverletzungen am Werderplatz gab es nur noch selten Anlass. Das wird auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern honoriert. Die Betroffenen waren an den vielfältigen Aktivitäten im Stadtteil beteiligt. Die verschiedenen Gruppen kamen ins Gespräch, sie redeten miteinander und nicht mehr übereinander.

Ausblick

Mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ist es gelungen, eine Ausweitung des in der Südstadt bewährten Konzeptes zu erreichen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfolge und weil die Situation auf zahlreichen anderen öffentlichen Plätzen vergleichbar ist mit der Lage in der Südstadt, wurde für das Jahr 2007 eine regionale Ausdehnung auf weitere Plätze in der Innenstadt von Karlsruhe vorgenommen.

Außerdem wird es folgende Veränderungen geben:

- Das bisherige Büro in der Südstadt wird geschlossen. Künftig werden Räume im Tagestreff für Wohnungslose in der Kriegsstraße 88 als Basis des Projekts dienen.
- Im Rahmen der aufsuchenden Arbeit werden die Treffpunkte und Plätze mit einem mobilen Büro besucht. Es steht ein Kleinbus zur Verfügung, in dem künftig ein sofortiges niedrigschwelliges Beratungsangebot vor Ort möglich ist.
- Es wurde eine zweite 75-Prozent-Stelle für einen Streetworker geschaffen.
- Die Stelle eines Arbeitsanleiters wurde ebenfalls neu geschaffen. Er wird die Betreuung der Menschen in den Beschäftigungsmaßnahmen übernehmen.

Neben der Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit in der Südstadt geht es im Projektzeitraum 2007 vor allem um die schwierige und langwierige Kontaktaufnahme und Vertrauensarbeit auf den neu zu erschließenden Plätzen. Schnelle Erfolge sind hier erfahrungsgemäß nicht zu erwarten.

Wegen der in der Vergangenheit festgestellten fachlichen Nähe sollte langfristig eine engere Anbindung an die Wohnungslosenhilfe erfolgen. Neben der räumlichen Einbindung (ab Februar 2007) strebt das Diakonische Werk deshalb die Integration der Straßensozialarbeit in ein neu zu schaffendes „Soziales Dienstezentrum für Wohnungslose“ an. Ebenfalls notwendig ist eine fachübergreifende Kooperation und Vernetzung im Rahmen eines Plätzekonzepts der Stadt Karlsruhe.

Trotz der Nutzung von Synergieeffekten in einem solchen Dienstezentrum wird die Etablierung regelmäßiger Straßensozialarbeit als Regelangebot nicht dauerhaft über den Europäischen Sozialfonds sichergestellt werden können. Für das Jahr 2008 wurden noch einmal ESF-Mittel beantragt. Außerdem hat der Gemeinderat erstmals Mittel zur Ko-Finanzierung bereitgestellt. In den Folgejahren wird dieses Engagement jedoch ausgebaut werden müssen.

Winfried Ulrich

Gemeindeintegration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in Löbau

Ausgangssituation

Seit den 90er Jahren sind viele Menschen aus den Staaten der früheren Sowjetunion auch in Löbau angekommen. Löbau ist eine Kleinstadt (etwa 17.000 Einwohner) im Landkreis Löbau-Zittau. Der Landkreis liegt im äußersten Südosten des Freistaates Sachsen, im „Dreiländereck“ zur Tschechischen und Polnischen Republik.

Gegenwärtig leben etwa 780 Aussiedler in Löbau. Etwa 300 Spätaussiedler sind dabei als Gemeindeglieder der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Löbau erfasst. Tatsächlich heimisch geworden in der Kirchgemeinde sind nur wenige von ihnen. Dies hat vielfältige Gründe. Einerseits sind diese vergleichbar mit dem, was wohl in vielen sächsischen Städten ähnlich ist. Die Spätaussiedler haben zunächst große Integrationsprobleme (Sprache, Leben in Deutschland, innerfamiliäre Zerrissenheit, Arbeitssuche). Sie fühlen sich stark gefordert und sind bemüht alle pflichtgemäßen Wege und Aufgaben zu schaffen. Freundliche Angebote – wie Einladung in eine Kirchgemeinde – wirken dagegen eher nebensächlich (weil freiwillig) und werden selten wahrgenommen, zumal die Sprachprobleme den Zugang zum Beispiel zu einem Gottesdienst oder zu einem vorhandenen Gemeindegottesdienst erschweren. Hinzu kommt, dass für viele vor allem der jungen und mittleren Generation ein Abbruch der religiösen Bindungen zu verzeichnen ist.

Aufgaben und Zielstellung

Vor dem Hintergrund der geschilderten Ausgangssituation ergibt sich für die Kirchgemeinde eine Aufgabenstellung, die einerseits vor Ort „Neuland“ bedeutet, die andererseits aber auch Erfahrungen befördern könnte, die dem Gemeindeleben zugute kommen könnten. In der Perspektive ist es das Ziel, die statistisch hohe Anzahl von Spätaussiedlern Löbaus in die Kirchgemeinde zu integrieren. Menschen sind

anzusprechen, zu besuchen und in „überschaubare Bereiche“ der Gemeinde einzuladen. Schwerpunktaufgaben sind die Gründung einer Hauskreisarbeit, die Tauf- und Konfirmandenunterweisung und die seelsorgerliche Begleitung von Spätaussiedlern.

Umsetzung

Zur Umsetzung und Koordinierung der anstehenden Aufgaben wurde eine Projektgruppe gebildet. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus zwei Pfarrern der Gemeinde, ehrenamtlichen Helfern der Gemeinde, engagierten Spätaussiedlern, dem Mitarbeiter der Kirchenbezirkssozialarbeit und einem Pfarrer, der zur Umsetzung der Aufgaben für zwölf Monate über die Landeskirche für das Projekt angestellt wurde. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, der Wohnbaugesellschaft und dem Ausländerbeauftragten des Landkreises wurde im Neubaugebiet Ost, in dem etwa 550 Spätaussiedler leben, eine Wohnung angemietet. Diese Wohnung wird einerseits als Wohnung für den Pfarrer genutzt, andererseits ist sie Kontakt- und Begegnungsstätte für die Spätaussiedler. Es werden Beratungen für Einzelne, aber auch Gemeinschaftsangebote für Kleingruppen angeboten. Mit diesen Angeboten will die Gemeinde eine niederschwellige Stätte der Begegnung für Kinder und Jugendliche und zum anderen einen Ort schaffen, in dem sich Alteingesessene (Deutsche) und Spätaussiedler treffen können.

Konkrete Aktionen zur Umsetzung der Konzeption (geplant / durchgeführt / aktuell):

- Bibelstunde / Unterricht (monatlich)
- Instrumentalunterricht mit Kantor
- Exkursionen (vierteljährlich)
- Gemeindefest
- Übersetzung einer Handreichung (Beginn Sommer 2006)
- Erstellung eines internationalen Kochbuches / mit großem Abschlussfest



Fortführung

Ab Januar 2007 haben sich die Projektgruppe, die Kirchgemeinde Löbau, Mitarbeiter des Kirchenbezirks und eine Gruppe von Aussiedlern bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des sächsischen Aussiedlertages in Löbau am 15. September 2007 mit engagiert.

Im Februar 2007 endete die Förderung des Integrationsprojektes durch die Landeskirche. Die Projektgruppe plant die Weiterentwicklung des Projektes über die 12 Monate hinaus. Vorerst läuft das Projekt im ehrenamtlichen Engagement weiter. Es ist die Antragstellung beim Bundesamt für Migration in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Diakonie in Sachsen geplant.

Jürgen Hoffmann

Ergebnisse und Inhalte

Basissätze für Empowerment und sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung:

- Sozialwort der evangelischen Kirche: „In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“.
- Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ der EKD: „Was wir brauchen ist Entschlossenheit auf allen Ebenen, um Chancengleichheit praktisch zu realisieren und die vorhandenen Fähigkeiten zur Entwicklung von Eigenverantwortung und Solidarität in Erziehung, Bildung und Ausbildung zu fördern.“
- Bischof Wolfgang Huber: „Ein neuer Geist der Wertschätzung und der Beteiligung muss die im Bildungssystem vorhandenen Tendenzen zur Ausgrenzung überwinden.“
- „Tue deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind. Tue deinen Mund auf und schaffe Recht dem Elenden und Armen.“ (Sprüche 31, 8 und 9)
- Anknüpfungspunkte:
 - über Basic-Bedürfnisse (zum Beispiel Tafel, ehrenamtliches Café)
 - Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter bilden Brücke zu Klientinnen/Klienten
 - aus Beratung mit ähnlichen Problemlagen → SHG initiieren, gegebenenfalls begleiten
 - Kernfrage: Welche Rolle nehmen Sozialarbeitende ein?
 - Mögliche Antworten:
 - Initiator – über materielle Unterstützung Selbsthilfe erst möglich
 - „Leitung“, Referentin/Referent sein, zu Vereinsgründung hinführen
 - Stärkung innerer Ressourcen nicht nur von Beratern zu Klienten, sondern in Gruppen Gleichbetroffener
 - „niedrigschwellige“ Bezeichnungen (Treffpunkt ...)
 - „trial and error“ statt Zielbestimmung von Sozialarbeitenden für andere
- Foren für Betroffene - Was macht es so schwer?
 - Menschen kommen nicht zu uns, weil sie sich organisieren wollen, sondern weil sie ihre Probleme gelöst haben wollen
 - Es gibt nicht den Arbeitslosen
 - Es gibt ein Bedürfnis nach Intimität
- Was macht den Dialog so schwer?
 - Die „Welten“ unterscheiden sich grundsätzlich
 - „Lasst uns doch damit in Ruhe“

Prof. Dr. Günter Rausch

Empowerment und sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung

Empowerment I

- Max Weber: „Macht ist die Chance, seinen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleich worauf diese Chance beruht“.
- Hannah Arendt: „Niemand hat das Recht zu gehorchen!“
- Humanistische Psychologie:
 - Autonomie und soziale Verbundenheit
 - Selbstverwirklichung
 - Ziel- und Sinnorientierung sowie
 - Ganzheitlichkeit

Der Mensch ist von Natur aus gut und besitzt die Tendenz, sich in Richtung auf Autonomie und Selbstverwirklichung hin zu entwickeln.

- Empowerment – Mehrebenenmodell:
 - subjektzentriertes
 - gruppenbezogenes
 - institutionelles, strukturelles
- Die drei Ebenen von Empowerment werden verbunden durch
 - gemeinsame Werte (lernende Gemeinschaften)
 - Methoden (aktivierende Befragungen, narrative Analyse, Dialog, Moderation)
- Strukturelles Empowerment meint
 - die Schaffung demokratischer Strukturen
 - die Schaffung von Möglichkeiten zur Teilhabe, Mitgestaltung und Einflussnahme auch auf politischer Ebene
 - die Förderung von Netzwerken und Kooperationsmodellen
- Institutionelles Empowerment meint
 - den Abbau von Hierarchien in den Institutionen auf der Mitarbeiterebene und Nutzerebene
 - die Unterstützung von Lernprozessen der Wirksamkeit beziehungsweise Steuerbarkeit von Dingen und Prozessen
 - die Förderung von Selbstverantwortung und Selbstorganisation

- Empowerment ist ein allgemeines Handlungsmodell, das
 - von den Stärken und Potenzialen
 - vom aufrechten Gang und Eigensinn der Menschen
 - von den Ressourcen und Möglichkeitsräumen
 - von Selbstbestimmung und Selbstorganisation
 - von solidaritätsstiftenden Arrangements
 - in einem offenen Netzwerk kommunikativer Subjekte auf dem Weg zu einer gerechten und friedlichen Welt ausgeht.

Empowerment II

- Empowerment ist mehr als eine Philosophie der Menschenstärken
 - Fokussierung der Wahrnehmung auf die Stärken, Fähigkeiten und Entwicklungspotenziale
 - Vertrauen in die Fähigkeiten eines jeden Menschen zu Selbstbestimmung und Selbstorganisation
 - Vertrauen in die Selbstorganisationskräfte von Organisationen und komplexen Systemen
 - Akzeptanz von Eigen-sinn, Eigen-dynamik, eigen-artigen Wegen, eigen-willigen Bewältigungsformen und eigener Zeit
 - Achtung der Betroffenen als alleinige Expertinnen/Experten ihrer Lebenswelt
 - Achtung der Betroffenen als alleinige Expertinnen/Experten ihrer Lebenswelt und ihres Lebensraumes
 - Schaffung von Lernfeldern und Möglichkeitsräumen für Partizipation und Solidarität
 - Förderung unterstützender sozialer Ressourcen/Netzwerke
 - Orientierung an der Zukunft und hoffnungsvollen Perspektiven (Visionen/Hoffnungen/Zielen)

■ **Arbeitsgruppe 3: Empowerment oder sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung?**

- **Macht bei Arendt:**
 - „Wo Menschen sich organisieren, tun sie es, um zu handeln und Macht zu gewinnen“¹
 - „Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals mehr als ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.“²
 - „Macht aber besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen. (...) Nur in einem Miteinander, das nahe genug ist, um die Möglichkeit des Handelns ständig offen zu halten, kann Macht entstehen.“³
 - Kraft des Versprechens und Vertrauens: entsteht die „Souveränität einer Gemeinschaft, die zusammengehalten und aneinander gebunden ist – nicht durch den sie beherrschenden Willen – sondern durch ein Vorhaben, auf das die Vielen sich geeinigt und um dessentwillen sie sich durch Versprechen aneinander gebunden haben.“⁴
 - Ein solchermaßen verstandenes Handeln gelingt nur da, „wo Menschen miteinander, und weder für- noch gegeneinander sprechen und agieren.“⁵
 - Gemeinwesenarbeit meint einen dynamischen Lernprozess, in dem Menschen durch gemeinschaftliches Handeln ihre Lebensverhältnisse so zu gestalten versuchen, dass ihnen die Alltagsbewältigung gelingt, sie ihre Bedürfnisse und Interessen weitgehend entfalten können und zugleich nachhaltige Strukturen sozialen und demokratischen Miteinanders entstehen.
- **Parteilichkeit und Solidarität sind Grundmaximen jeglicher sozialer und kirchlicher Arbeit!**
- **Parteilichkeit:**
 - „Es gehört gerade zu den Herrschaftsgeheimnissen der bürgerlichen Macht, sich als neutral hinzustellen.“⁶
 - „Das Denken muss parteilich sein und ist es immer gewesen. Heute leugnen das nur noch diejenigen ab, die ihre Farbe verstecken müssen oder sich über sie nicht klar sind. Auch die bürgerliche Wissenschaft war nie eine neutrale, obwohl sie sich darüber in falschem Bewusstsein wiegte.“⁷
- **Einmischung**
 - „Tue deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassene sind. Tue deinen Mund auf und schaffe Recht dem Elenden und Armen“ (Sprüche 31, 8 und 9)
 - „Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmt von ihnen hohe Abgaben an Korn, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Quadersteinen gebaut habt, und den Wein nicht trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt. Denn ich kenne eure Freveltaten, die so viel sind, und eure Sünden, die so groß sind, wie ihr die Gerechten bedrängt und Bestechungsgeld nehmet und die Armen im Tor unterdrückt.“ (Prophet Amos)
 - „Die christliche Nächstenliebe wendet sich vorrangig den Armen, Schwachen und Benachteiligten zu. So wird die Option für die Armen zum verpflichtenden Kriterium des Handelns.“⁸
- **Solidarität**
 - Denn wenn „Solidarität der menschlichen Interessen verwirklicht werden soll, wird es undenkbar, dass eine Klasse von Menschen für die vermeintlichen Bedürfnisse einer andern Klasse von Menschen geopfert werden soll. [...]

Sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung oder stellvertretendes Handeln für Schwache und Benachteiligte:

1 Arendt, Hannah, 1960: Vita activa oder Vom täglichen Leben. Stuttgart, S. 365, Anm. 26

2 Arendt, Hannah/Heuer, Wolfgang/Wild, Thomas, 2005: Hannah Arendt. München, S. 45

3 Arendt, Hannah/Heidegger, Martin, 1999, Briefe 1925 bis 1975 und andere Zeugnisse. Frankfurt/M S. 252f

4 Arendt, Hannah/Uellenberg, Gisela, 1985, Macht und Gewalt. München, S. 240f

5 ebda S. 169

6 Bloch, Ernst, 1972: Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz, Seite 79

7 ebda S. 78

8 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), 1997: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover, Bonn

■ Arbeitsgruppe 3: Empowerment oder sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung?

- Für verschiedenste Gruppen von Männern und Frauen in der ganzen Welt ist offenbar die Zeit gekommen, um sicherzustellen, dass alle Menschen gegen den Hungertod versichert werden müssen.“ (Jane Addams)
- Sozialarbeit ist „der einzige Beruf, der als Beruf zur Solidarität mit denjenigen verpflichtet, die in und an der Gesellschaft und Kultur leiden.“⁹
- Sozialanwaltschaftliche Interessenvertretung durch
 - Öffentlichkeitsarbeit insbesondere
 - Lobbyarbeit gegenüber Politik und Verwaltung
 - Gremienarbeit zum Beispiel Kinder- und Jugendausschuss
 - Stadtteilkonferenzen
 - Kreis-, Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften
 - Bewusstseinsbildung
- Gestaltung des Sozialen
 - Expertisefähigkeit entwickeln
 - Politikberatung
 - Beziehungsarbeit
 - Konzeptionalisierung
 - Alternativplanungen
 - Gutachten und Expertenpositionierungen
 - Strukturarbeit
- Netzwerkarbeit
 - Professionelle Helfer
 - Vereine und Gruppen
 - Nachbarn, Freunde und andere
 - Alltägliche Unterstützungssysteme
- Politisierung des Sozialen
 - Skandalisierung
 - Aufdeckung von Missständen und ungerechten Verhältnissen
 - Schaffung von alternativen Öffentlichkeiten und
 - Gegenbewegungen
 - Politisierung von sozialer Auffälligkeit
 - Organisierung von Widerstand
- Probleme der Stellvertretung
 - „Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen ... Der Vorgang ist dabei nicht der, dass bestimmte – also etwa intellektuelle – Anlagen des Menschen plötzlich verkümmern oder ausfallen, sondern dass unter dem überwältigenden Eindruck der Machtentfaltung dem Menschen seine innere Selbständigkeit geraubt wird und dass dieser nun – mehr oder weniger unbewusst – darauf verzichtet, zu den sich ergebenden Lebenslagen ein eigenes Verhalten zu finden.“ (Dietrich Bonhoeffer)
- Bei der kulturellen Invasion ... handelt es sich darum, dass die Eindringlinge in den kulturellen Zusammenhang einer anderen Gruppe vordringen, ohne die Möglichkeiten der letzteren zu respektieren. Sie drängen ihre Sicht der Welt denen auf, bei denen sie eindringen, und blockieren die Kreativität der Überfallenen, indem sie ihre Ausdrucksmöglichkeiten lahm legen.
- Es droht
 - Kolonialisierung von Lebenswelt
 - Neue Abhängigkeit
 - Verhinderung von Emanzipation trotz wohlgemeinter Absichten (Paternalisierung)
- Wichern, Johann Hinrich, evangelischer Theologe, Begründer der Inneren Mission, *21.4.1808, +7.4.1881.
 - „Ein neuer Schritt, der noch gethan werden und verfolgt werden muss, ist: christliche Associationen der Hilfsbedürftigen selbst für deren soziale (Familie, Besitz und Arbeit betreffende) Zwecke zu veranlassen. Begibt sich die innere Mission erst ernsthaft an die Verwirklichung dieser Aufgabe, so ist der Grenzstein aufgerichtet zwischen der bisherigen und einer künftigen Epoche der christlich rettenden Liebesarbeit [...] Das Bestreben, Association der Hilfsbedürftigen zu veranlassen, ist ein freilich karikiertes, aber unleugbares Moment der Wahrheit in der sozialistischen Bewegung unserer Zeit. Gerade dadurch hat dieselbe, mit einer solchen Bedeutung und Macht unter den handarbeitenden Classen Eingang gefunden; sie hat ihnen damit die Möglichkeit einer Zukunft gezeigt, welche in gewissem Sinne den Elenden und Leidenden persönlich anvertraut wird.“¹⁰ (Wichern J.H., 1889: 138)

9 Staub-Bernasconi, Silvia, 1995: Systemtheorie, soziale Probleme und soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit. Bern, Stuttgart, Wien, S. 192

10 Meinhold, P. (Hg.), 1962: Wichern. Sämtliche Werke, Bd. 1, Berlin, Hamburg

Fritz Blanz

Ergebnisse und Inhalte

Die Arbeitsgruppe diskutierte verschiedene Aspekte zum Thema Freiwillig-sozial Engagierte:

- Das Rollenverständnis
 - Ist Freiwilliges Engagement eine ergänzende Leistung zur Qualitätssicherung in einem sparenden Sozialstaat? oder
 - Gestalten wir Freiwilliges Engagement im Eigeninteresse selbst organisiert?
- Position der Arbeitsgruppe zum Rollenverständnis
 - Beides ist möglich – muss aber offen gelegt werden
 - Funktionen müssen definiert werden
 - Haltung des Trägers ist zu klären (Konzeptfrage)
- Finanzierung und Ressourcen
 - Grundsätzlich muss anerkannt werden: Freiwilliges Engagement kostet Geld! (Schulung, Begleitung, Organisation, Aufwandsentschädigung, Dankeschön). Die Finanzierung kann durch Sponsoren, Spender, Träger und Fördermittel erfolgen
 - Freiwilliges Engagement ist unentgeltlich – das macht den Charakter des Freiwilligen Engagements aus
 - Aufwandsentschädigung JA, aber nicht gebunden an Verpflichtungen, denn sonst wäre das Prinzip der Freiwilligkeit verletzt
 - Freiwilliges Engagement muss eindeutig zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abgegrenzt sein
- Freiwilliges Engagement benötigt zudem Zeitressourcen (Betreuung, Schulung, Koordination und anderes)!
- Hilfen für die Praxis (Rückfragen auch an Rainer Hub)
 - Fortbildung Ehrenamtskoordinator (Leitfaden, 25,- Euro)
 - Praxishandbuch Freiwilligenprojekte (Diakonisches Werk Württemberg, 10,- Euro)
 - Qualitätsordner Ehrenamt (Brüderhausdiakonie Reutlingen, 20,- Euro)
 - Professionelle Beratung über Akademien für Ehrenamtlichkeit (zum Beispiel Meißen, Berlin)
- Arbeit mit Zielgruppen der Kirchlichen Allgemeinen Sozialen Arbeit (KASA)
 - Sozialführerschein für Ehrenamtliche
 - Betroffene in die Entwicklung von Konzepten des Freiwilligen Engagements einbeziehen
 - Zurüstung der freiwillig Engagierten
 - Einweisung in die Aufgaben
 - Gezielte Auswahl der freiwillig Engagierten
 - Kodex im Umgang mit Klienten
 - Kontinuierliche Evaluationen
 - Schutzräume für freiwillig Engagierte schaffen
 - Grenzen benennen (wie Nähe & Distanz)
 - Besondere Begleitung durch hauptamtliche Fachkräfte
 - Anleitung für freiwillig Engagierte
 - Mitarbeiterjahresgespräch
 - Freiwilligkeit ernst nehmen

Birgit Breidenbach

Bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung ins Gemeinwesen. Ein Projekt der Samariterstiftung Nürtingen

Seit mehr als fünf Jahren setzt die Samariterstiftung auf „Bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung ins Gemeinwesen“ und fördert mit zwei 40-Prozent-Personalstellen das Freiwilligenengagement in ihren Einrichtungen. Inzwischen engagieren sich über 1000 Ehrenamtliche in den 34 Einrichtungen der Samariterstiftung und bereichern den Alltag von alten, kranken und behinderten Menschen. Im Rahmen ihres Engagements steht Ihnen ein umfassendes Begleit- und Fortbildungsprogramm zur Verfügung. Ein Highlight der Würdigung und ideellen Honorierung des freiwilligen Engagements ist der jährlich stattfindende „Dankeschöntag“.

Darüber hinaus initiiert die Samariterstiftung Regionale Kooperationsprojekte mit zahlreichen Profit-

und Nonprofit-Organisationen und Institutionen. Hierzu zählen sowohl institutionelle wie auch individuelle Angebote; beispielsweise „Engagementtag für Mitarbeitende der Firma Bosch“, „Perspektivenwechsel für Führungskräfte“, Dialogveranstaltungen mit Wirtschaft und Industrie und die Veranstaltungsreihen „Bunt wie das Leben – Vernissagen und Ausstellungen in der Hauptverwaltung der Samariterstiftung“, „Forum Zivilgesellschaft“ und „Kirchberger Impulse“.

Besonders fördern möchte die Samariterstiftung das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dazu finden zahlreiche Projekte im Bereich des „Sozialen Lernens“ statt unter anderem mit Schulen, Firmen und Kirchengemeinden.

Rainer Hub

Freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie

Grundlage des Referats ist das Positionspapier des Diakonischen Werkes der EKD „Freiwilliges Engagement in Kirche und Diakonie. Aktuelle Formen und Herausforderungen“¹

Begriffe und Sprachregelung:

- Ehrenamt (EA)
- Bürgerschaftliches Engagement (BE)
- Freiwilliges soziales Engagement (FSE)
- Freiwilligendienste (FWD)
- Freiwilliges Engagement (FE)
(vgl. Freiwilligensurvey 2004)

Diakonische Standards Freiwilligenmanagement

- Konzept / Grundsatzfrage
- Bedarfserschätzung
- Aufgabenentwicklung und -beschreibung
- Institutionelle Rahmenbedingungen
- Ansprechpersonen
- Gewinnung von Freiwilligen

¹ erschienen Juni 2006 in der Reihe Diakonie Texte 11.2006, siehe www.diakonie.de/Veroeffentlichungen/Diakonie-Texte/Archiv/2006

Zielgruppen/Lebenslagen

- Menschen mit Migrationshintergrund
- Freiwillige aus dem Ausland
- Menschen nach Wohnungswechsel

Grenzen – Herausforderungen – Offene Aspekte

- Hauptamtlich Mitarbeitende – Freiwillig Engagierte
- Zusätzlichkeit von freiwillig Engagierten
- Monetarisierung von Freiwilligem Engagement
- Freiwilliges Engagement – Generationsübergreifende Freiwilligendienste (GüF)

Handlungsempfehlungen

Alle Menschen sind geeignet und willkommen

- Interessen der Freiwilligen sind zentral
- Gezielte Ansprache neuer Zielgruppen
- Weiterentwicklung alter und neuer Angebote
- Gesamtkonzept Freiwilliges Engagement
- Interkulturelle Öffnung
- Strukturen, Kompetenzen und Ressourcen aufbauen
- Leitung und Organisation müssen Herausforderung annehmen

Günter Hartung

Ergebnisse und Inhalte

- Case Management (CM) erscheint nicht als geeignetes Handlungsmodell der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie, gleichwohl empfiehlt es sich als Handlungsmodell der Einzelfallhilfe in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern diakonischer Sozialarbeit.
 - Mit diesem Ergebnis vertritt die Arbeitsgruppe die Auffassung, dass CM nicht vorrangig für den „Grunddienst“ geeignet ist. Im Zusammenhang mit einem ausdifferenzierten Beratungsangebot innerhalb einer Dienststelle kann und soll CM in der Einzelfallhilfe aller Dienste und damit auch der Allgemeinen Sozialarbeit eingesetzt werden.
 - Case Management ermöglicht durch seinen strukturierten Aufbau und seine multiplen Lösungswege (Hilfeplanung unter Nutzung verschiedener Hilfesysteme) mehr Erfolg in der Einzelfallhilfe in den Grenzen (im Rahmen) der Ressourcen der zur Verfügung stehenden Systeme.
 - Case Management benötigt besondere personelle und strukturelle Voraussetzungen. Diese müssen in der jeweiligen Dienststelle entschieden und eingerichtet werden.
- Mögliche Fragen vor einer Entscheidung:
- Bietet Case Management eine Handlungsoption für meine Aufgabenstellung?
 - Für welche Personen eignet sich Case Management in der Einzelfallhilfe?
 - Die Entscheidung für Case Management ist abhängig vom Bedarf des Klienten und kommt bei spezialisiertem Hilfebedarf, wie für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Migranten zum Beispiel bei Wohnungsproblemen, Überschuldung, Sprachschwierigkeiten, fehlender Ausbildung zur Anwendung.
 - Case Management ist Handlungsmodell für einen längerfristigen Prozess bei komplexem Hilfebedarf.
 - Handlungsleitend sind die Ziele der Klienten, das was sie erreichen möchten. Es geht in erster Linie um ihr Wachstum, ihre Entwicklung.
 - Case Management benötigt geklärte Kompetenzen für die Nutzung des vorhandenen Hilfesystems.
 - Case Management verstärkt oder ermöglicht die Chance, sozialrechtliche Ansprüche des Klienten transparent und effektiv einzufordern.
 - Case Management führt die unterschiedlichen Ressourcen zusammen und setzt sie zielgerichtet für den Klienten ein.

Marlene Lauxen-Spangenberg

Theoretische Grundlagen und praktische Anwendungen von Case Management

Definition von Case Management

- Case Management soll Fachkräften im Sozial- und Gesundheitswesen befähigen, unter komplexen Bedingungen Hilfemöglichkeiten abzustimmen und die vorhandenen institutionellen Ressourcen im Gemeinwesen oder Arbeitsfeld koordinierend heranzuziehen.
- Aufgabe ist es, ein zielgerichtetes System von Zusammenarbeit zu organisieren, zu kontrollieren und auszuwerten, das am konkreten Unterstützungsbedarf der einzelnen Person ausgerichtet ist und an deren Herstellung die betroffene Person konkret beteiligt wird.
- Case Management befähigt die Klientinnen/Klienten, Unterstützungsleistungen selbstständig zu nutzen und greift so wenig wie möglich in die Lebenswelt von Klientinnen/Klienten ein.

Ethische Grundpositionen des Case Management

- Die Klientinnen/Klienten werde im Case Management ganzheitlich als Menschen in ihrem sozialen Kontext betrachtet.
- Die Eigenkräfte/Ressourcen von Menschen aufzugreifen und zu stärken – Empowerment – ist oberstes Ziel.
- Menschen wachsen und kommen voran in Beziehungen, die durch Ehrlichkeit, Klarheit der Ziele und gemeinsames planmäßiges Handeln bestimmt sind.
- Fachliche Einschätzungen bestimmen die weitere Entwicklung einer Person in den Grenzen von Dienstleistungen. Sie müssen daher qualitativ hochstehend, transparent und überprüfbar gestaltet werden.

Grundprinzipien des Case Management

- Systemische Orientierung (Personale, familiäre, sozioökonomische und sozioökologische Systemebenen)
- Empowerment
- Ressourcen vor Defiziten
- Stärken vor Schwachpunkten
- Wachstum der Klientinnen/Klienten durch Beziehungsarbeit und planmäßiges Handeln
- Durchgängige Fallverantwortung
 - Problem- und Ressourcenanalyse / Einschätzung
 - Zieloperationalisierung
 - Hilfeplanung
 - Controlling
 - Evaluation
- Unterstützung der Eigenleistung durch Kontrakte
- Effektivität und Effizienz

Phasen des Case Management

- Phase 1: Kontaktaufnahme – Klärungshilfe – Beratung
 - Erstgespräch
 - Klärungshilfe
 - Beginn einer Arbeitsbeziehung
 - Herstellen eines Arbeitsbündnisses
 - Beratung über Angebot
- Phase 2: Assessment – Bedarfserhebung – Analyse – Einschätzung
 - Problem- und Ressourcenanalyse
 - Fachliche Einschätzung
 - Einschätzung durch die Klientinnen/Klienten
 - Einschätzung Dritter
 - Hypothesen / Prognosen

■ Arbeitsgruppe 5: Arbeit mit Einzelnen – mehr Erfolg durch Case Management?

- Phase 3: Hilfebedarf – Ziele vereinbaren
 - Ziele der Hilfestellung
 - Ermittlung Hilfebedarf
 - Indikatoren für Erfolg
 - Entwurf möglicher geeigneter und notwendiger Hilfen
- Phase 4: Hilfeplanung / Implementierung des Plans
 - Hilfeplangespräch
 - Auswahl und Festlegung der Hilfen
 - Hilfeplan / Kontrakt
 - Überleitung in die Hilfemaßnahmen
 - Festlegung der eigenen Interventionen der/des Case Managerin/-Case Managers
- Phase 5: Monitoring der Leistungssteuerung / Controlling
 - Überprüfung Ziel \leftrightarrow Wirkung
 - Akzeptanz bei den Klienten
 - Überprüfung Kooperation der hilfeleistenden Institutionen
 - Fortschreibung und/oder Revision des Hilfeplans
- Phase 6: Beendigung der Unterstützung – Evaluation
 - Bewertung durch alle Beteiligten
 - Fortführung oder Beendigung
 - Vermittlung in andere Hilfen
 - Evaluation Erfolg – Aufwand
 - Auswertung
- Entwickelt gemeinsam situationsangemessene Bewältigungsstrategien
- Ist netzwerkorientiert
- Die vermittelnde Funktion – Systemagent
 - Umfassender Überblick über das Hilfeangebot, das mit individuellem Bedarf verknüpft wird
 - Berät über Angebote verschiedener Anbieter
 - Schnürt individuelles Versorgungspaket und setzt Umsetzung in Gang
 - Koordiniert und überwacht den Leistungsprozess
 - Begleitet den Integrationsprozess
 - Sichert Qualität
 - Begleitet durch Versorgungsstationen
- Die auswählende Funktion – Versorgungsmanager
 - Übernimmt die Zugangssteuerung zu den Ressourcen des Versorgungssystems (rechtliche und administrative Regeln)
 - Achtet auf Effektivität des Hilfeprozesses
 - Achtet auf Effizienz der einzelnen Angebote
 - Geht Beschwerden nach
 - Kooperiert mit Versorgungsanbietern
 - Deckt Versorgungslücken auf und meldet sie zurück

Case Management – Anforderungen

Die Einführung von Case Management stellt sowohl Anforderungen an die Organisation der Institution als auch an die Kompetenzen der mit dem Case Management betrauten Mitarbeitenden.

Die Anforderungen leiten sich unter anderem aus den jeweiligen Phasen des Case Management ab.

Rollen im Case Management

Aus der Aufgabenstellung in den einzelnen Phasen ergibt sich, dass Case Manager/Case Managerinnen verschiedene Rollen und Funktionen wahrnehmen.

- Die anwaltliche Funktion – Kundenanwalt
 - Fallbetrachtung aus Sicht des Kunden
 - Zentriert Hilfsmöglichkeiten, ausgerichtet an den individuellen Bedürfnissen des Kunden
 - Klärt Unterstützungs- und Versorgungsbedarf
 - Kennt relevante gesetzliche Bestimmungen
 - Berät über Antragsverfahren

- Phase 1: Kontaktaufnahme – Klärungshilfe – Beratung

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kommunikationskompetenz (Gesprächsführung, interkulturelle Interaktion) ■ Herstellen einer Beratungsbeziehung ■ Beratungskompetenz ■ Methodenkompetenz ■ Empathie 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bereitstellung räumlicher, zeitlicher, technischer und personeller Ressourcen ■ Festlegung von Entscheidungskriterien zur Aufnahme im CM ■ Arbeitshilfen (Kurzprofilung etc.)

■ **Arbeitsgruppe 5: Arbeit mit Einzelnen – mehr Erfolg durch Case Management?**

■ Phase 2: Assessment – Bedarfserhebung – Analyse – Einschätzung

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesprächsführung, inter-kulturelle Interaktion ■ Anwendung der Profilinginstrumente ■ Konfliktfähigkeit ■ Methodenkompetenz, Assessment / Profiling ■ Analyse und Interpretation der Fallkonstellation 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Dokumentationssystem (EDV-Datenbank) ■ Kollegiale Beratung (formale Struktur, Gelegenheit) ■ Arbeitshilfen (Diagnoseinstrumente, Profilingbögen, Auswertungshilfen etc.)

■ Phase 3: Hilfebedarf – Ziele vereinbaren

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Interkulturelle Kompetenz ■ Aushandlungskompetenz ■ Konfliktfähigkeit ■ Realistische Einschätzung von Bewältigungsressourcen ■ Entscheidungsfähigkeit ■ Netzwerk-Kenntnisse ■ Koordinierungskompetenz 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Dokumentationssystem, das in der Lage ist, unterschiedliche Zielebenen festzuhalten ■ Gewährung von Entscheidungsbefugnis für die fallverantwortlichen Mitarbeitenden

■ Phase 4: Hilfeplanung / Implementierung des Plans

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Interkulturelle Kompetenz ■ Kommunikationskompetenz ■ Kooperative Handlungs- und Koordinationskompetenz ■ Aushandlungskompetenz ■ Konflikt-/ Kritikfähigkeit ■ Fähigkeit zur realistischen Einschätzung der Bewältigungsressourcen ■ Überblick über das Hilfeangebot 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vereinbarungen mit Kooperationspartnern ■ Einheitliches Formular- und Berichtswesen, Dokumentation ■ Gewährung von Entscheidungskompetenz über den Einsatz von Angeboten ■ Überblick über aktuelle Hilfeangebote

■ Phase 5: Monitoring der Leistungssteuerung / Controlling

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kompetenz, Angebote miteinander zu verknüpfen ■ Einsatz von Controllinginstrumenten ■ Reflektionskompetenz ■ Zielbezogenes, wirtschaftliches und budgetorientiertes Arbeiten ■ Datenauswertung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Festlegung von Schnittstellen ■ Klärung von Verantwortlichkeiten ■ Bedarfsanalysen ■ Erfassung und Auswertung der Leistungen Dritter ■ Instrumente zur Datenerhebung und -auswertung

■ Phase 6: Beendigung der Unterstützung – Evaluation

Mitarbeitende	Organisation
<ul style="list-style-type: none"> ■ Controllingkompetenz ■ Reflektionskompetenz ■ Komplexe Daten auswerten und interpretieren können ■ Grundkenntnisse einer Wirkungsanalyse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Dokumentations- und Controllingssystem (organisationsbezogen und -übergreifend) ■ Evaluationsraster (fallübergreifend) ■ Instrumente zur Datenerhebung und -auswertung

Holger Luft

Morgenandacht 23. Oktober 2007

Matthäus 10,40: Wer euch aufnimmt, der nimmt mich auf; und wer mich aufnimmt, der nimmt den auf, der mich gesandt hat.

Wer euch aufnimmt, der nimmt Jesus Christus auf und wer Jesus Christus aufnimmt, der nimmt Gott selbst auf. In sein Haus und damit in sich selbst.

Wer euch aufnimmt ... Wer könnte gemeint sein mit euch? In der Diakonie, so können wir annehmen, meinen wir mit euch die Menschen, die zu uns kommen, um Rat und Hilfe zu finden. Die Menschen in Krisen, in schwierigen Lebenslagen, in Not und Armut, ohne Obdach, die zu uns finden oder zu denen wir gehen.

Wer diese Menschen aufnimmt, wer sich ihrer annimmt, so wie wir, die Mitarbeitenden in der Diakonie, die Haupt- und Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden, jede Christin und jeder Christ an jedem Ort dieser Welt – ja, sie alle sind die Diakonie – wer sich also ihrer annimmt so wie wir, der nimmt Jesus Christus auf und damit Gott.

Diakonisches Handeln als Akt der Nächstenliebe, als Form von Gottesliebe führt durch das Handeln zur Aufnahme der Botschaft des Evangeliums.

Wie gut haben wir es da – vor allem in der professionellen Diakonie. Sind wir doch quasi Kraft unserer Berufsausübung nearly God – fast bei Gott. Da kann uns das Weltgericht doch nicht schrecken!

Aber, die Medaille hat auch eine Kehrseite:

„Wer euch aufnimmt, der nimmt mich auf; und wer mich aufnimmt, der nimmt den auf, der mich gesandt hat.“ Diesen Satz sagt Jesus nicht zu den Armen seiner Zeit. Er spricht ihn zur Ermutigung zu seinen Jüngern, den Aposteln.

Es ist also ein Ermunterungswort, ein Verheißungswort, das den Jüngern Mut machen soll für ihre große, schwere Aufgabe. Die Jünger bringen dem, der sie aufnimmt, das Allergrößte: Wer die Jünger auf-

nimmt, nimmt mit ihnen den auf, der sie gesandt hat, Jesus Christus, und mit diesem nimmt er Gott auf. Und damit wird unser Verständnis dieser Textstelle

auf den Kopf gestellt. Nicht nur wir handeln im Sinne des Evangeliums, wenn wir in Nächstenliebe anderen helfen.

Wir sind auch darauf angewiesen, von denen, denen wir helfen, selbst aufgenommen zu werden. Denn wenn sie uns aufnehmen, bringen wir ihnen mit unserem in der Nächsten- und Gottesliebe begründetem Handeln Gott, das Evangelium nahe.

Wir können, wir sollen und wollen sie nicht dazu zwingen, uns aufzunehmen. Sie dazu drängen, uns anbietern. Das wären die falschen Wege, die die Christenheit und andere Religionen schon zu oft gegangen sind.

Alleine unsere Tat, unser Beistand soll mit dem Geist der Verheißung erfüllt sein, der dieses Wort von Jesus an seine Jünger füllt. Und dann kann unserer Hilfeleistung auch die Aufnahme von uns folgen. Sie kann. Sie muss nicht.

Und daraus folgt, dass Diakonie, so wie wir sie verstehen, offen ist für alle Menschen. Auf Seite der Handelnden wie auf Seite der Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen.

Das lehrt uns Jesus selbst: Der barmherzige Samariter war eben kein Christ. Und der Mann, dem er geholfen hat, auch nicht. Trotzdem, oder gerade deshalb erzählt er dieses Gleichnis.

Handeln und Verkündigung sind also die zwei Seiten derselben Medaille, die zwei Seiten der Botschaft des Evangeliums. Und so wie es eine Medaille, ein Geldstück nicht nur mit einer Seite gibt, so gibt es auch das Evangelium nicht einseitig: wer handelt, verkündet. Und wer verkündet, handelt.

Lasst uns diakonisch handeln. Und wir wollen anstreben, wir wollen auch zulassen, dass wir mit unserem Handeln aufgenommen werden. Gerade von denen, für die wir da sind.

Amen.

Holger Luft

Morgenandacht 24. Oktober 2007

Erstes Bild:

Stellen wir uns vor, unsere, Ihre Beratungsstelle zieht um, in ein anderes Gebäude, in Räume, die frisch renoviert und eingerichtet sind. Der erste Arbeitstag nach dem Umzug. Alles ist gerichtet, alle Mitarbeitenden an ihren Plätzen. Und? Nichts passiert. Niemand kommt. Das Wartezimmer bleibt leer, die Telefone stumm. Keine Wartelisten, kein Terminplan. Sie hatten eine positive Pressemeldung und in dem Artikel sind alle Angebote Ihrer Dienststelle aufgeführt. An der Hauswand hängt eine Tafel, die die Menschen zum hereinkommen animiert. Alle Werbung ist vergebens, alle Einladungen schlagen fehl. Niemand erscheint.

So beginnt Jesus sein Gleichnis in Lk 14, 16-24: Gott-Vater richtet ihm, seinem Sohn, die Hochzeit aus. Hochzeit? Die Braut, das sind wir, die wir eingeladen sind, am Reich Gottes teilzuhaben. An anderer Stelle wird die Hochzeit durch ein Festmahl beschrieben, übertragen also die Einladung zum Abendmahl.

Und die Knechte, das können die Jünger sein, gehen und laden ein. Im Bibeltext sind damit die Juden gemeint. Und niemand der geladenen Gäste erscheint. Schlimmer noch, die Einladenden werden verhöhnt, einige sogar getötet. Das wird uns in unserer leeren Beratungsstelle sicher nicht passieren.

Die Strafaktion Gottes greift auf den strafenden Gott des Alten Testaments zurück, wir brauchen nur an die Sintflut oder an Sodom zu denken, um das zu verstehen. Die Eingeladenen, die die Tafel verschmähen, waren die Einladung also nicht wert.

Stattdessen werden die ins Haus geholt, die zufällig auf der Straße stehen, Böse und Gute – und siehe, das Haus war voll. Historisch sind also die späteren Heidenchristen zum Festmahl gekommen, nicht die bisherigen privilegierten Schriftgelehrten.

Das kann uns Beispiel geben, auch wenn unsere Beratungsstellen nicht leer sind: Hingehen, in die Lebenswelten der Menschen, für die wir da sein wollen. Das ist immer der bessere Weg, als auf ihr kommen zu warten.

Zurück zum Text: Aber einer von ihnen hatte das falsche Gewand an. Wie, die Kleidung war wichtig? Auch das ist sicherlich ein Bild. Gemeint sein könnte: Dieser Mensch ist zwar gekommen, hatte aber innerlich die falsche Einstellung.

Und das wird bemerkt: Wer mit der falschen Einstellung kommt, wird, um mit dem Gleichnis zu sprechen, an Händen und Füßen gebunden und hinausgeworfen. „Da wird Heulen und Zähneklappern sein.“

Zweites Bild:

Wichern war clever: Mit dem Aufruf zur Gründung der diakonischen Einrichtungen hat er die Ausbildung der Menschen initiiert und etabliert, die dort arbeiten sollten. So ist die moderne Sozialarbeit institutionalisiert worden. Durch die Diakonie – nicht erst durch Alice Salomon.

Mit der Zeit, bis heute, ist der Bedarf an Menschen mit sozialen Berufen ständig gestiegen. Und genauso sind die Diakonissen und Diakone aus der Tradition Wicherns immer weniger geworden. Kirche und Diakonie nahm und nimmt immer mehr glaubensferne Menschen in ihre Dienste. Die Säkularisierung der Diakonie, schleichend begonnen, schreitet immer weiter voran. Und plötzlich haben die eher glaubens- oder kirchenfernen Mitarbeitenden „die falschen Kleider“ an?

Drittes Bild:

Es gibt große diakonische Stiftungen, die über die Landesgrenzen ihres Stammsitzes hinausgehen und soziale Einrichtungen, auch diakonische, aufkaufen.

Diese dann outsourcen, die dort Mitarbeitenden weit unter Tarif bezahlen und diese „neuen“ Einrichtungen werden dann von ihrem neuen Besitzer ganz bewusst nicht mehr zu Mitgliedern der diakonischen Landesverbände gemacht. Hat nicht ein Träger, der so handelt – und fühle er sich noch so evangelisch – auch die falschen Kleider an?

Das Impulspapier Kirche der Freiheit greift das auf, für uns in der Diakonie vor allem bedeutsam im Leuchtfeuer 8: „Wo evangelische draufsteht muss das Evangelium erfahrbar sein“. Dieser Leitsatz zieht sich durch das Leuchtfeuer für die Diakonie. Und die Diakonie der freien Träger ist ausdrücklich mitgemeint.

So ist die geistliche Profilierung gefordert: Ein hoher Anteil unserer Mittel für Fort- und Weiterbildung soll für die „Innere Missionierung“ unserer eigenen Mitarbeitenden aufgewendet werden. Und die EKD hat mit der Loyalitätsrichtlinie ja genau diesen Weg vorgegeben: evangelische Arbeitsplätze künftig nur noch für evangelische – durch Gesinnungsprüfung??? Puh, ich höre schon das „Heulen und Zähneklappern“. Und zwar auf allen Seiten.

Natürlich ist den Zielen im Impulspapier viel abzugewinnen. Natürlich müssen wir feststellen, dass einerseits viele Träger der Diakonie sich weit vom Geist ihrer Satzungsvorgaben entfernt haben und dass viele Mitarbeitende in der Diakonie Glaubensfragen gegenüber skeptisch sind. Aber: Das alles sind Folgen

von Entwicklungen, die nicht so ohne weiteres, auch nicht mit einem Impulspapier, umkehrbar sind.

Und: Das Gleichnis vom Hochzeitsmahl ist nicht die Schilderung davon, wie ein gekränkter Gastgeber mit seiner Kränkung umgeht. Bei weitem nicht: Es ist ein Gerichtsgleichnis. Im selben Range wie die Schilderung des Weltgerichts bei Mt. 25. Und das Urteil, um das es geht, wenn jemand die falschen Kleider trägt oder die Einladung, an Gottes Reich teilzuhaben, ablehnt, das ist alleine Gottes Urteil. Wir sollten uns nicht anmaßen, hier selbst Gott spielen zu wollen.

Trotzdem müssen wir diskutieren, wohin unsere Reise gehen soll. Gestern habe ich mit Mt. 10,40 gesagt, dass die Diakonie offen sein muss, für alle Menschen, auf beiden Seiten. Trotzdem müssen wir auch für uns selbst und unsere Mitglieder Grenzen festlegen. Wenn die ökonomischen Werte die Werte des Evangeliums überlagern, ist Gefahr im Verzuge. Wenn unsere eigenen Mitarbeitenden gegen uns reden, ebenso.

Vielleicht reicht es ja zunächst, den einen oder anderen Träger ein wenig an Händen und Füßen festzubinden. Das Rauschmeißen können wir uns ja noch ein wenig aufheben.

Amen.

Referentinnen und Referenten, Podiumsteilnehmerinnen und Podiumsteilnehmer, Moderatorinnen und Moderatoren

Hans Barbknecht
Referent für Kirchliche Allgemeine Sozial- und
Lebensberatung
Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V.
Kölnische Straße 136
34119 Kassel
h.barbknecht@dwkw.de

Dr. Ulrich Baumann
Diakonisches Werk der Evangelischen Landes-
kirche in Baden e.V.
Vorholzstraße 3
76137 Karlsruhe
baumann@diakonie-baden.de

Johanna Behrens
Leitung Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit
Diakonisches Werk Landshut
Gablener Straße 46
84034 Landshut
jbehrens@diakonie-landshut.de

Prof. Dr. Hans-Jürgen Benedict
Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit &
Diakonie Hamburg
Horner Weg 170
22111 Hamburg
hjbenedict@rauheshaus.de

Fritz Blanz
Referent für Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit
Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Bayern e.V.
Pirckheimer Straße 6
90408 Nürnberg
blanz.fritz@diakonie-bayern.de

Birgit Breidenbach
Samariterstiftung Nürtingen
Referat Kommunikation und Gesellschaft
Schlossweg 11
72622 Nürtingen
birgit.breidenbach@samariterstiftung.de

Matthias Bruckdorfer
Arbeitsfeld Allgemeine Sozialarbeit, Sozialbericht-
erstattung und Evaluation
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut
(FIBA)
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
bruckdorfer@diakonie.de

Cornelia Coenen-Marx
Oberkirchenrätin
Referat Sozial- und Gesellschaftspolitik
Evangelische Kirche in Deutschland
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover
Cornelia.Coenen-Marx@ekd.de

Lars Eisert-Bagemihl
Geschäftsführer
DO Diakonie Ostthüringen gGmbH
Schlegelstraße 1
07747 Jena
eisert-bagemihl@do-diakonie.de

Günter Hartung
Bereichsleitung Soziale Arbeit in Kirche und
Gesellschaft
Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche in Braunschweig e.V.
Klostergang 66
38104 Braunschweig
g.hartung@diakonie-braunschweig.de

■ Anhang

Jürgen Hoffmann
Referent für Kirchenkreissozialarbeit
Diakonisches Werk Evangelischer Kirchen in
Mitteldeutschland e.V.
Ernst-Thälmann-Straße 90
99817 Eisenach
hoffmann@diakonie-ekm.de

Rainer Hub
Referent Freiwilliges soziales Engagement und
Zivildienst
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut
(FIBA)
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
hub@diakonie.de

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster
Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfa-
len-Lippe
Immanuel-Kant-Straße 18-20
44803 Bochum
huster@efh-bochum.de

Manfred Kern
Straßensozialarbeit
Diakonieverein im Diakonischen Werk
Karlsruhe e.V.
Kriegstraße 88
76133 Karlsruhe

Rotraud Kießling
Referentin für Allgemeine Sozialarbeit/Wohnungs-
losenhilfe
Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche Sachsens e.V.
Obere Bergstraße 1
01445 Radebeul

Klaus-Dieter K. Kottnik
Präsident
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
kkottnik@diakonie.de

Marlene Lauxen-Spangenberg
Personalentwicklung & Training GmbH
Theodor-Heuss-Ring 23
50668 Köln
lauxen-spangenberg@t-online.de

Holger Luft
Stellvertretender Geschäftsführer/Referent für
sozialpolitische Themen
Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskir-
che in Baden e.V.
Vorholzstraße 3
76137 Karlsruhe

Matthias Pohl
Mitarbeiter Kirchliche Allgemeine Sozial- und
Lebensberatung (KASL)
Diakonisches Werk im Schwalm-Eder-Kreis
Pfarrstraße 13
34576 Homberg
pohl@dwsek.de

Prof. Dr. Günter Rausch
Evangelische Fachhochschule Freiburg
Bugginger Straße 38
79114 Freiburg
rausch@efh-freiburg.de

Ingrid Reutemann
Referentin für Soziale Arbeit
Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskir-
che in Baden e.V.
Vorholzstraße 3
76137 Karlsruhe
reutemann@diakonie-baden.de

Hans Seydel
Referent für Koordination regionale Diakonische
Werke und Personalentwicklung
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.
Ederstraße 12
60486 Frankfurt
hans.seydel@dwhn.de

■ Anhang

Winfried Ulrich
Leitung Kirchenbezirkssozialarbeit im Kirchen-
bezirk Löbau-Zittau
Diakonisches Werk Löbau-Zittau
Böhmische Straße 6
02763 Zittau
kirchenbezirkssozialarbeit@diakonie-zittau.de

Pfarrer Wolfgang Wallrich
Deutsche Gemeinde Stockholm
Svartmangatan 16 a
11129 Stockholm / Schweden
pastor@st-gertrud.se

Prof. Dr. Gerhard Wegner
Sozialwissenschaftliches Institut der Evange-
lischen Kirche in Deutschland
Blumhardtstraße 2
30625 Hannover
info@si-ekd.de

Marlis Winkler
Referentin Fachberatung Kirchenkreissozialarbeit
Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche Hannovers e.V.
Ebhardtstraße 3a
30159 Hannover
marlis.winkler@diakonie-hannovers.de

Impressum

Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.
Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Telefon +49 711 21 59-454
Telefax +49 711 21 59-566
redaktion@diakonie.de
Internet: www.diakonie.de

Kontakt:
Matthias Bruckdorfer
Arbeitsfeld Allgemeine
Sozialarbeit, Sozialbericht-
erstattung und Evaluation
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
Telefon +49 30 830 01-236
Telefax +49 30 830 01-260
bruckdorfer@diakonie.de

Layout:
H. M. Saecker, A. Stiefel

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des
Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-
Echterdingen
Telefon: +49 711 902 16-50
Telefax: +49 711 797 75 02
vertrieb@diakonie.de

Die Texte, die wir in der
Publikationsreihe Diakonie
Texte veröffentlichen, sind
im Internet frei zugänglich.
Sie können dort zu nicht-
kommerziellen Zwecken
heruntergeladen und ver-
vielfältigt werden.
Diakonie Texte finden Sie
unter www.diakonie.de/Texte.
Im Vorspann der jeweiligen
Ausgabe im Internet finden
Sie Informationen, zu
welchem Preis Diakonie
Texte gedruckt im Zentralen
Vertrieb bestellt werden
können.

© Juni 2008 · 1. Auflage
ISBN 978-3-937291-72-7

Druck:
Zentraler Vertrieb des
Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-
Echterdingen

www.diakonie.de

**Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.**

Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 21 59-0
Telefax: +49 711 21 59-288
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de